

# der stacheldraht

FÜR FREIHEIT, RECHT UND DEMOKRATIE

13017

Nr. 3/2011



**Opferpension und Prozeßkostenhilfe**

**Die Stimme Tibets**

**Der Rohwedder-Mord**

**Aktuell**

- 3 „Platz des 17. Juni“  
Resolutionen  
Ehrengab  
Hilfe für Heimkinder?  
Zentrales Denkmal  
Amt ohne Träger  
Erste Wirkung

**Recht**

- 4 Opferpension und Prozeßkostenhilfe  
Die Gefangenenakten der DDR, Teil 6

**International**

- 6 Die Stimme Tibets

**Interview**

- 7 Doping-Archiv eröffnet

**Thema**

- 8 1991: Rohwedder-Mord und ostdeutsche Wirtschaft

**Berichte**

- 11 Ein Tag zählt wie ein Jahr
- 12 Einer von uns
- 13 Kampf gegen Zensur  
Die Opfer von Schwarzza  
Dokumentiert

**Verbände**

- 14 Halle-Forum  
Suchanzeigen  
BSV  
Früher Widerstand
- 15 Ketschendorf  
Niedersachsen  
Podiumsdiskussion  
VOS  
VPVDK  
Inter-Asso  
Broschüre  
Sachsenhausen

**Service/Bücher**

- 16 Was ist wirklich die Wahrheit?  
Von Vertreibung
- 17 Knastmauke
- 18 „Alleslüge“  
Pentacon
- 19 Sie existierte doch  
Alltag im Sowjet-Staat

**Service/Veranstaltungen**

17-19

*Umschlagbild:*

*Luftbild 1967 vom Brandenburger Tor mit Blick auf den Pariser Platz und die Straße Unter den Linden, im Vordergrund die Mauer.*

*Foto: Klaus Lehnartz/Dt. Bundesarchiv*

# Halleluja für Relativierer

Von Horst Schüler

Schon Heinz Florian Oertel gelesen? Der war ein Star in der DDR, hat für deren Fernsehen 17 Olympische Spiele begleitet, acht Fußball-Weltmeisterschaften, ungezählte andere Sportereignisse, und das stets mit Sachverstand und Charme. Ja, in seinem Fach war Oertel ein Guter.

Jetzt aber schreibt er Bücher. Nennt sie „Pfui Teufel“ oder „Halleluja für Heuchler“, und die Titel verraten schon: Oertel will uns die Leviten lesen, vor allem den Vertretern christlich-kultureller Werte. Ist ja auch manches richtig, was er beklagt, doch sei die Frage erlaubt: Sollte uns jemand den Spiegel vorhalten, der zu den Privilegierten eines menschenverachtenden Systems gehörte, dem alle Welt offen stand, derweil seine Mitbürger eingezäunt lebten?

„Geschichte-Geschichten“ überschreibt er ein Kapitel seines Heuchler-Buches, in dem er sich wundert, daß „bei einem Vergleich westdeutscher und ostdeutscher ‚Aufarbeitung‘ unterm Strich dann doch (fast) immer westdeutsches ‚Interpretieren‘ ein bisschen besser wegkommt“. Ja, wie denn sonst! Schließlich wurden in unserem Staat keine Menschen erschossen, nur weil sie in den anderen deutschen Staat wollten. Wurde keiner nachts abgeholt und verschwand für viele Jahre spurlos, weil er eine andere politische Meinung vertrat, als die Oberen es wollten, und danach handelte. Wurde niemand genötigt, seinen Nachbarn einem Staatssicherheitsdienst zu denunzieren. Und keiner am Studium gehindert, weil er einer anderen „Klasse“ angehörte.

Herr Oertel scheint dem keine große Bedeutung beizumessen, andere Dinge sind ihm wichtiger. So bittet er um Anerkennung der Sportleistungen, „die mein Reporterleben reicher machten“, lobt ausdrücklich die Menge der Medaillen, die der „vierzigjährige DDR-Leistungssport schaffte“, verliert aber kein Wort über das staatlich verordnete Dopingpro-

gramm der DDR, findet keine Silbe des Bedauerns darüber, daß Kinder mit lebensgefährlichen Chemikalien zu höherer Leistung „gefördert“ wurden. Als die Nummer Eins unter den Sportjournalisten der DDR muß er davon doch gewußt haben. Und wenn nicht, dann hätte er es aus vielen Berichten etwa von Brigitte Berendorf, Birgit Böse, Dagmar Kersten, Uwe Trömer, Ines Geipel oder Hans-Georg Aschenbach erfahren können – alles ihm bestens bekannte Sportlerinnen und Sportler der DDR. Kein Kommentar von Herrn Oertel über Krebsleiden, Leber- und Herzerkrankungen oder Fehlgeburten als Folge des staatlich geplanten und durchgeführten Dopings, dafür beklagt er Hallstein-Doktrin und Nato-Dekrete als Hemmnisse für deutsche Sportentwicklungen. Und überhaupt christlich verbrämte Heuchelei.

Wir haben da was falsch gemacht und ihr woanders – ist es das, Herr Oertel, was Sie wünschen? Eine Aufarbeitung der deutschen Nachkriegsgeschichte auf Augenhöhe? „Was DDR hieß und war“ (!) schreiben Sie an einer Stelle, und man fragt sich, was meinen Sie denn mit dem so harmlos klingenden Wörtchen „war“? Demokratisch etwa? Nein, Herr Oertel, diese DDR war alles andere als demokratisch. Oder gab es dort etwa freie Wahlen, freie Medien, freie Gewerkschaften, eine freie Kunst? Ihre Ideologen nannten sie sozialistisch, und Sozialismus verstanden sie als Vorstufe zum Kommunismus. Den richtigen Weg dorthin sucht Frau Löttsch ja immer noch. Deshalb kann es keine Augenhöhe bei der Aufarbeitung deutscher Nachkriegsgeschichte geben. Wir wissen selbst, daß sich in der alten Bundesrepublik wie auch im vereinten Deutschland jede Menge Unerfreuliches fand und findet, dafür brauchen wir keinen, der uns ein „Halleluja für Heuchler“ singt und dabei die demokratischen Freiheiten übersieht, die damals wie heute Leitlinien all unseres Denkens und Handelns sind. ■

## Jetzt „Platz des 17. Juni“!

(uokg)Der Dachverband der Opfer des SED-Regimes hat sich in einem Schreiben an den Bezirksstadtrat für Stadtentwicklung Berlin-Mitte, Ephraim Gothe, mit dem Anliegen gewandt, dem Platz vor dem Bundesfinanzministerium in der Leipziger Straße, Ecke Wilhelmstraße, den Namen „Platz des 17. Juni“ zu geben.

Das bisher namenlose Areal war ein herausragender Ort des Aufstandes vom 17. Juni 1953, wo sich die demonstrierenden Bauarbeiter vor dem damaligen Haus der Ministerien versammelten, um ihren Forderungen Gehör zu verschaffen. Nichts spricht gegen eine solche Benennung, zumal der Name die historische Dimension der Wilhelmstraße und ihrer Umgebung unterstreichen würde. Es wäre eine kleine Maßnahme mit großer Wirkung und „eine unschätzbar wertvolle Würdigung für diejenigen, die damals mit ihrem Ruf nach Freiheit ihr Leben und ihre körperliche Unversehrtheit riskiert haben“. Außerdem handle es sich im Gegensatz zur „Straße des 17. Juni“ um einen authentischen Ort. ■

## Resolutionen

(st)Im Rahmen des UOKG-Verbändetreffens am 26. und 27. März in Berlin haben die Vertreter der Vereine und Aufarbeitungsinitiativen mehrere Resolutionen (s. auch S. 13) verabschiedet. Sie begrüßten den Willen des neuen Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen, Roland Jahn, sich nicht mit der Existenz früherer MfS-Mitarbeiter in seiner Behörde abzufinden. Es sei den Opfern unzumutbar, „ihre Akten einzusehen und dabei möglicherweise ehemaligen IMs bzw. hauptamtlichen Stasi-Leuten begegnen zu müssen“. Es sollten alle rechtsstaatlichen Mittel genutzt werden, um deren Entfernung aus der Behörde zu betreiben.

In einer weiteren Entschließung unterstützten die Opferverbände die Arbeitsgemeinschaft Lager Sachsenhausen 1945-1950. Entsprechend der Forderung der Brandenburger Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur, Ulrike Poppe, solle die Arbeitsgemeinschaft Sitz und Stimme im Stiftungsrat der Gedenkstättenstiftung des Landes Brandenburg eingeräumt werden. Es sei auch erforderlich, so die Verbandsvertreter, die der Stiftung Bran-

denburgische Gedenkstätten durch Kabinettsbeschluss zur Verfügung gestellten Finanzmittel „in einem erheblich größeren Umfang als bisher vorgesehen für die Zugänglichmachung und Erläuterung der Zone 2 des ehemaligen sowjetischen Speziallagers Sachsenhausen (NKWD-Hochsicherheitsgefängnis) zu verwenden.“ ■

## Ehrengrab für Matthias Domaschk

Am 12. April 1981 starb Matthias Domaschk im Alter von 23 Jahren unter ungeklärten Umständen nach stundenlangen Verhören in der Stasi-Untersuchungshaftanstalt Gera. Als Vorwand für die Verhaftung war dem jungen Bürgerrechtler unterstellt worden, er habe Störaktionen gegen den Parteitag der SED geplant.

Anlässlich seines 30. Todestages wurde jetzt in Jena auf dem Nordfriedhof sein neugestaltetes Ehrengrab eingeweiht. Am 8. und 12. April fanden Gedenkveranstaltungen statt, an denen auch seine Freunde Peter Rösch und Roland Jahn teilnahmen. ■

## Hilfe für DDR-Heimkinder?

(noz)Im Mai dieses Jahres wollen die Bundestagsabgeordneten aller Fraktionen beraten, wie die Empfehlungen des Runden Tisches Heimerziehung umgesetzt werden können. Die Vorsitzende des Familienausschusses im Bundestag, Sibylle Laurischk, teilte mit, daß es bis Ende des Jahres ein Gesetz geben solle, nach dem die ehemaligen Heimkinder entschädigt werden. Darüber hinaus gebe es bei den Koalitionsfraktionen Pläne, auch für Opfer aus ehemaligen DDR-Spezialkinderheimen eine Rehabilitierungslösung zu finden: „Auf jeden Fall ist die Situation im Osten ernst zu nehmen und darf nicht bagatellisiert werden.“ Die Vorgänge müßten aber noch genauer aufgearbeitet werden. ■

## Zentrales Denkmal

(wo-st)Der Bundesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen, Roland Jahn, will sich für ein zentrales Denkmal der politisch Verfolgten der DDR einsetzen. Der „Schweriner Volkszeitung“ sagte er am 18. April: „Wir brauchen einen zentra-

len Ort, der uns zur Auseinandersetzung mit der DDR-Diktatur provoziert. Das Denkmal solle für die sein, „die im Knast landeten, aber auch für die, die im Alltag wegen ihrer politischen Überzeugung schikaniert wurden“.

Diese klaren Worte begrüßten die UOKG und besonders die Initiative zur Errichtung eines Mahnmals für die Opfer kommunistischer Gewaltherrschaft. Ihr Vorsitzender Ernst O. Schönemann erklärte: „Wir Opfer vermissen ein solches Denkmal schmerzlich, denn leider wurden wir von der Politik in der Vergangenheit oft nicht wahrgenommen. Viele von uns sind bis heute sogar ohne Entschädigung geblieben. In einem zentralen Denkmal für die Opfer des Kommunismus sehen wir sowohl eine späte politische als auch moralische Rehabilitierung.“ ■

## Amt ohne Träger

(st)Während der Freistaat Sachsen mit Lutz Rathenow nun wieder einen Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen hat, ist in Sachsen-Anhalt noch immer keine Klärung in Sicht. Nachdem Gerhard Ruden das Amt bereits am 31. März 2010 niederlegte, konnte der im November 2010 vom Landtag gewählte Ulrich Stockmann bisher wegen juristischer Auseinandersetzungen nicht eingesetzt werden. Vor dem Oberverwaltungsgericht und dem Bundesverfassungsgericht ist je ein Verfahren anhängig. Eine Sprecherin aus Karlsruhe teilte mit, wann eine Entscheidung gefällt werde, sei derzeit nicht absehbar. ■

## Erste Wirkung

(st)Empörung und anhaltende Proteste der ehemaligen Verfolgten des SED-Regimes, ihrer Verbände und zahlreicher Politiker gegen Stasi-belastete Justiz-Mitarbeiter im Land Brandenburg, vor allem aber gegen drei Richter, haben erste Wirkung gezeigt. Die Richterin am Sozialgericht Neuruppin, Irina Weiße, deren Fall das rbb-Magazin „Klartext“ aufgedeckt hatte, ist nun nicht mehr für Verfahren zuständig, in denen SED-Opfer um ihr Recht streiten. Gleichwohl erklärte Brandenburgs Justizminister Volker Schöneburg (Die Linke), auf Grundlage eines Berichtes der damaligen Gauck-Behörde habe eine Einzelfallprüfung stattgefunden, und das Sozialministerium hätte dem Richterwahlausschuß eine Empfehlung gegeben. Dies sei zu akzeptieren, sagte der Minister. ■

### Richtiges Konto

Auf Grund von mißverständlichen Überweisungen bitten wir zu beachten, daß alle dem „stacheldraht“ zugeordneten Spenden und Abo-Gebühren ausschließlich auf das folgende Konto überwiesen werden:

BSV-Förderverein  
Kto.-Nr.: 665 52 45 01  
BLZ: 100 708 48  
Berliner Bank AG

Verwendungszweck:  
„Stacheldraht-Abo“  
oder „Stacheldraht-spende“

# Nicht als Einkommen anrechenbar

## Erläuterungen zu Opferpension und Prozeßkostenhilfe

Die Bewilligung der Opferpension hängt von einer wirtschaftlichen Bedürftigkeit des Antragstellers ab. Daraus folgt, daß die soziale Lage der Bezieher der Opferpension in aller Regel prekär ist. Daher sind die Berechtigten der Opferpension meistens nicht in der Lage, die Kosten eines Rechtsstreits aus eigener Tasche zu bestreiten. Sie sind darauf angewiesen, einen Antrag auf Prozeßkostenhilfe (PKH) zu stellen. Leider wird die PKH nicht jedem gewährt, der sich in einer wirtschaftlich schwierigen Situation befindet. Es gibt gesetzliche Hürden, die es für den Antragsteller zu überwinden gilt. Diese Hürden sollen an dieser Stelle näher beleuchtet werden.

Die Voraussetzungen der Bewilligung von PKH sind in § 114 der Zivilprozeßordnung (ZPO) geregelt. Zwar regelt die ZPO das Verfahren über den Zivilprozeß. Aufgrund von Verweisungen in anderen Verfahrensordnungen gilt die ZPO aber auch in anderen Gerichtszweigen. § 114 ZPO zufolge gibt es drei Voraussetzungen für die Bewilligung von PKH. Einerseits darf der Antragsteller „nach seinen persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnissen die Kosten nicht, nur zum Teil, oder nur in Raten“ aufbringen können, andererseits muß „die beabsichtigte Rechtsverfolgung hinreichende Aussicht auf Erfolg bieten und nicht mutwillig erscheinen“.

Für die Bestimmung der wirtschaftlichen

Bedürftigkeit ist § 115 ZPO entscheidend. Demnach hat die Partei ihr Einkommen einzusetzen, wobei alle Einkünfte in Geld und Geldeswert zum Einkommen gezählt werden. Auf die komplizierten Feinheiten der Einkommensberechnung kann hier nicht eingegangen werden, jedoch muß auf eine Besonderheit im Zusammenhang mit der Opferpension hingewiesen werden. Häufig rechnen Gerichte die Opferpension zu dem Einkommen des Antragstellers hinzu. Dies ist nicht zulässig und sollte von den Betroffenen angefochten werden. Denn bei der Prozeßkostenhilfe handelt es sich um eine Sozialleistung (vgl. Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 3. Juli 1973 - 1 BvR 153/69, veröffentlicht in BVerfG 35, 348, 355). Gemäß § 16 Abs. 4 des Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetzes (StrRehaG) bleiben aber „Leistungen nach den §§ 17 bis 19 als Einkommen bei Sozialleistungen, deren Gewährung von anderen Einkommen abhängig ist, unberücksichtigt.“

Wie für jede andere Sozialleistung gilt dies selbstverständlich auch für die Opferpension. Sie darf nicht als Einkommen für die Bewilligung der PKH zugrunde gelegt werden.

Als zweite Voraussetzung muß eine hinreichende Erfolgsaussicht des Verfahrens gegeben sein. Für die Prüfung der hinreichenden Erfolgsaussicht nimmt das

Gericht eine vorläufige Prüfung der Erfolgsaussichten anhand des vorhandenen Aktenmaterials vor. Wenn das Gericht nach der vorläufigen Prüfung zu dem Entschluß kommt, daß die Rechtsposition des Antragstellers nicht aussichtslos ist, d.h., wenn das Gericht eine gewisse Wahrscheinlichkeit sieht, daß der Antragsteller Erfolg haben könnte, dann liegt die hinreichende Erfolgsaussicht vor.

Die dritte Voraussetzung – Mutwillen – hat in der Praxis eine eher untergeordnete Bedeutung, soll aber der Vollständigkeit halber erwähnt werden. Hier bewertet das Gericht, sehr vereinfacht gesagt, ob eine Entscheidung überhaupt sinnvoll ist. Es gibt einen reichhaltigen Fundus an Entscheidungen zu dem Begriff des Mutwillens. Beispielfhaft sei der Fall der Klage gegen einen absolut Mittellosen genannt. Auch wenn es einen einfacheren und sichereren Weg gäbe, sein Recht durchzusetzen, dürfte Mutwillen vorliegen.

Es gibt also keinen Königsweg zur PKH. Es handelt sich dabei immer um eine Einzelfallentscheidung, die, abgesehen von den wirtschaftlichen Verhältnissen, davon abhängig ist, wie das Gericht die unbestimmten Rechtsbegriffe „hinreichende Erfolgsaussichten“ und „Mutwillen“ auslegt.

Florian Kresse, Jurist  
UOKG e.V.

## Die Gefangenenakten der DDR/Teil 6

Alle Akten, die aus Untersuchungen des MfS – auch im DDR-Strafvollzug – resultieren, befinden sich beim Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen, Karl-Liebknecht-Str. 31/33, 10178 Berlin (siehe auch Einführungsartikel, der stacheldraht, 7/2010, S. 4).

### Land Thüringen

*Thüringer Justizministerium  
Werner-Seelenbinder-Str. 5  
99096 Erfurt*

- **Untersuchungshaftanstalt Arnstadt** – Zeitraum: Gefangenenkarteikarten 1945 bis 1954, aktueller Aufenthaltsort: Jugendstrafanstalt Ichttershausen, A.-Puschkin-Str. 7, 99334 Ichttershausen; Zeitraum: 1956 bis 1960, aktueller Aufenthaltsort: Thüringisches Hauptstaatsarchiv Weimar, Marstallstr. 2, 99423 Weimar
- **Untersuchungshaftanstalt Bad Langensalza** – Zeitraum: 1960, aktueller Aufenthaltsort: JVA Tonna, Im Stemker 4, 99958 Tonna
- **Untersuchungshaftanstalt Eisenach** – Zeitraum: 1960 bis 1970, aktueller Aufenthaltsort: JVA Tonna, Im Stemker 4, 99958 Tonna
- **Haftkrankenhaus Eisenach** – Zeitraum: 1960 bis 1970, aktueller Aufenthaltsort: JVA Tonna, Im Stemker 4, 99958 Tonna
- **Strafvollzugseinrichtung Erfurt** – Zeitraum: 1954 bis 1960, 1971 bis 1990, aktueller Aufenthaltsort: JVA Tonna, Im Stemker 4, 99958 Tonna
- **Strafvollzugseinrichtung Gera** – Zeitraum: 1980 bis 1992, aktueller Aufenthaltsort: JVA Gera, Greizer Str. 70, 07545 Gera
- **Untersuchungshaftanstalt Gera** – Zeitraum: 1957 bis 1961, aktueller Aufenthaltsort: JVA Gera, Greizer Str. 70, 07545 Gera; Zeitraum:

1962 bis 1970, aktueller Aufenthaltsort: JVA Tonna, Im Stemker 4, 99958 Tonna

- **Zweiganstalt Gotha, Strafvollzugseinrichtung Erfurt** – Zeitraum: 1961 bis 1990, aktueller Aufenthaltsort: JVA Tonna, Im Stemker 4, 99958 Tonna
- **Zweiganstalt Gräfontonna, Strafvollzugseinrichtung Ichtershausen** – Zeitraum: 1945 bis 1970, aktueller Aufenthaltsort: JVA Tonna, Im Stemker 4, 99958 Tonna; Zeitraum: 1971 bis 1990, aktueller Aufenthaltsort: Jugendstrafanstalt Ichtershausen, A.-Puschkin-Str. 7, 99334 Ichtershausen; Zeitraum: 1956 bis 1989 (teilweise Gefangenenakten überliefert), aktueller Aufenthaltsort: Thüringisches Hauptstaatsarchiv Weimar, Marstallstr. 2, 99423 Weimar
- **Untersuchungshaftanstalt Heiligenstadt** – Zeitraum: 1960, aktueller Aufenthaltsort: JVA Tonna, Im Stemker 4, 99958 Tonna
- **Landesfachkrankenhaus Hildburghausen** – Zeitraum: 1961 bis 1970, aktueller Aufenthaltsort: JVA Tonna, Im Stemker 4, 99958 Tonna
- **Untersuchungshaftanstalt Hildburghausen** – Zeitraum: keine Angaben, aktueller Aufenthaltsort: JVA Untermaßfeld, Karl-Marx-Str. 8, 98617 Untermaßfeld
- **Strafvollzugseinrichtung Hohenleuben** – Zeitraum: teilweise 1960, aktueller Aufenthaltsort: JVA Hohenleuben, Gartenstr. 4, 07958 Hohenleuben; Zeitraum: 1961 bis 1970, aktueller Aufenthaltsort: JVA Tonna, Im Stemker 4, 99958 Tonna; Zeitraum: 1971 bis 1975, 1976 bis 1990 (teilweise komplett), aktueller Aufenthaltsort: JVA Hohenleuben, Gartenstr. 4, 07958 Hohenleuben
- **Jugendhaus Hohenleuben** – Zeitraum: 1986 bis 1990, aktueller Aufenthaltsort: JVA Hohenleuben, Gartenstr. 4, 07958 Hohenleuben
- **Jugendhaus Ichtershausen** – Zeitraum: 1961 bis 1970, aktueller Aufenthaltsort: JVA Tonna, Im Stemker 4, 99958 Tonna; Zeitraum: 1971 bis 1991, Gesundheitsakten ab 1980, aktueller Aufenthaltsort: Jugendstrafanstalt Ichtershausen, A.-Puschkin-

Str. 7, 99334 Ichtershausen

- **Strafvollzugseinrichtung Ichtershausen** – Zeitraum: 1961 bis 1971, aktueller Aufenthaltsort: JVA Tonna, Im Stemker 4, 99958 Tonna; Zeitraum: 1972 bis 1990, aktueller Aufenthaltsort: JVA Ichtershausen, A.-Puschkin-Str. 7, 99334 Ichtershausen
- **Strafvollzugseinrichtung Ilmenau** – Zeitraum: Gesundheitsakten 1961 bis 1970, aktueller Aufenthaltsort: JVA Tonna, Im Stemker 4, 99958 Tonna
- **Untersuchungshaftanstalt Ilmenau** – Zeitraum: keine Angaben, aktueller Aufenthaltsort: JVA Untermaßfeld, Karl-Marx-Str. 8, 98617 Untermaßfeld
- **Strafvollzugseinrichtung Meiningen** – Zeitraum: Gesundheitsakten 1961 bis 1970, aktueller Aufenthaltsort: JVA Tonna, Im Stemker 4, 99958 Tonna
- **Untersuchungshaftanstalt Meiningen** – Zeitraum: keine Angaben, aktueller Aufenthaltsort: JVA Untermaßfeld, Karl-Marx-Str. 8, 98617 Untermaßfeld
- **Untersuchungshaftanstalt Mühlhausen** – Zeitraum: 1960, 1961 bis 1970 (einschließlich Gesundheitsakten), aktueller Aufenthaltsort: JVA Tonna, Im Stemker 4, 99958 Tonna
- **Haftarbeitslager Pöthen** – Zeitraum: 1958 bis 1960, aktueller Aufenthaltsort: Thüringisches Hauptstaatsarchiv Weimar, Marstallstr. 2, 99423 Weimar; Zeitraum: 1961 bis 1970 (einschließlich Gesundheitsakten), aktueller Aufenthaltsort: JVA Tonna, Im Stemker 4, 99958 Tonna
- **Jugendarrestanstalt Rudolstadt** – Zeitraum: Karteikarten 1951 bis 1990, 1951 bis 1960 Akten vorhanden (teilweise Dokumente entnommen), aktueller Aufenthaltsort: Thüringer Justizministerium, Adresse s.o.; Zeitraum: 1961 bis 1970 Gesundheitsakten, aktueller Aufenthaltsort: JVA Tonna, Im Stemker 4, 99958 Tonna; Zeitraum: 1971 bis 1980 (teilweise Dokumente entnommen), 1981 bis 1990 (komplette Akten), aktueller Aufenthaltsort: Thüringer Justizministerium, Adresse s.o.

- **Untersuchungshaftanstalt Rudolstadt** – Zeitraum: 1961 bis 1970, aktueller Aufenthaltsort: JVA Tonna, Im Stemker 4, 99958 Tonna; Zeitraum: 1971 bis 1975, aktueller Aufenthaltsort: JVA Gera, Greizer Str. 70, 07545 Gera
  - **Haftarbeitslager Sollstedt** – Zeitraum: Karteikarten 1956 bis 1965, aktueller Aufenthaltsort: Jugendstrafanstalt Ichtershausen, A.-Puschkin-Str. 7, 99334 Ichtershausen; Zeitraum: 1956 bis 1962, aktueller Aufenthaltsort: Thüringisches Hauptstaatsarchiv Weimar, Marstallstr. 2, 99423 Weimar; Zeitraum: 1963 bis 1970, aktueller Aufenthaltsort: JVA Tonna, Im Stemker 4, 99958 Tonna
  - **Untersuchungshaftanstalt Sondershausen** – Zeitraum: 1960 bis 1971, aktueller Aufenthaltsort: JVA Tonna, Im Stemker 4, 99958 Tonna
  - **Untersuchungshaftanstalt Sonneberg** – Zeitraum: keine Angaben, aktueller Aufenthaltsort: JVA Untermaßfeld, Karl-Marx-Str. 8, 98617 Untermaßfeld
  - **Strafvollzugsabteilung Schmalkalden** – Zeitraum: 1975 bis 1976, aktueller Aufenthaltsort: JVA Untermaßfeld, Karl-Marx-Str. 8, 98617 Untermaßfeld
- (Angaben ohne Gewähr;  
Fortsetzung in der nächsten Ausgabe)

Bereits erschienen:

Land Berlin,  
Nr. 7/2010, S. 4

Land Brandenburg,  
Nr. 8/2010, S. 6

Land Mecklenburg-Vorpommern,  
Land Sachsen (1. Teil),  
Nr. 9/2010, S. 4

Land Sachsen (2. Teil),  
Nr. 1/2011, S. 5

Land Sachsen (3. Teil),  
Nr. 2/2011, S. 4

Land Sachsen-Anhalt,  
Nr. 2/2011, S. 5

## Die Stimme Tibets

Vor nunmehr 16 Jahren unternahm der norwegische Schriftsteller Øystein Alme eine Reise durch den Süden der Volksrepublik China. Sein längerer Aufenthalt in Tibet, mit all den ausgeprägten Erscheinungen einer Diktatur, hinterließ bei ihm einen unvergesslichen Eindruck. Nach langen Gesprächen und mit finanzieller Unterstützung von drei Menschenrechtsgruppierungen sowie großzügigen Spenden von Einzelpersonen seines Hei-



Emblem der „Stimme Tibets“.

matlandes baute er in Oslo, St. Olavsgate 24, den Radiosender Voice of Tibet – Die Stimme Tibets auf.

Als Direktor betreffen seine Aufgaben heute primär internationale Repräsentation, Fragen der Finanzen und technische Probleme. Ihm zur Seite steht die eigentliche Redaktion im Narthang-Gebäude im indischen Dharamsala mit 14 äußerst motivierten Tibetern, welche die drei tibetischen Hauptdialekte – Ü-Tsang, Kham und Amdo – beherrschen. Sie strahlen seit Mai 1996 für die sechs Millionen Tibeter auf dem „Dach der Welt“, aber auch für die vielen geflüchteten Tibeter in Bhutan, Nepal und Indien ihr Programm aus. Es umfaßt täglich 30 Minuten in tibetischer Sprache sowie 15 Minuten in Chinesisch-Mandarin und wird allabendlich mehrfach wiederholt. Der Inhalt besteht hauptsächlich in der Darstellung der allgemeinen Menschenrechte, Neuigkeiten aus Tibet und der Demokratie-Bewegung in China. Auch das Kulturelle, besonders die traditionelle Musik, hat seinen Platz, um der völligen Aushöhlung durch die chinesisch-kommunistische Besatzung entgegenzuwirken. Wichtig sind ebenfalls Sendungen, die Medizinisches und generell Fragen der Gesundheit beinhalten. Zweimal pro Woche werden die Ansprachen und Veröffentlichungen des in Tibet immer noch sehr verehrten Dalai Lama ausgestrahlt. Zu einem direkten Widerstand, zu Unruhen ruft der Sender jedoch nicht auf.

In Diktaturen, wie einst in der nationalsozialistischen und der kommunistischen, übt das Regime die totale Kontrolle über die Medien aus, hat es doch Angst vor der Wahrheit und damit gerade um sein eigenes Herrschaftsmonopol. Zugleich ist die Gefahr für eine von anderen Informationen abgeschnittene Bevölkerung groß, durch bewußt wahrheitswidrige Meldungen ein völlig falsches Bild von der Außenwelt und allzu oft auch von den tatsächlichen Zuständen im eigenen Land zu bekommen. In einer solchen Situation spielen Radiosendungen – freie, unzensurierte, wahrheitsgetreue – immer noch (wie schon in der Hitler-Zeit) eine ganz entscheidende Rolle. Das gilt um so mehr für Tibet, wo in den abgelegenen Bergdörfern manche Bewohner des Lesens unkundig sind.

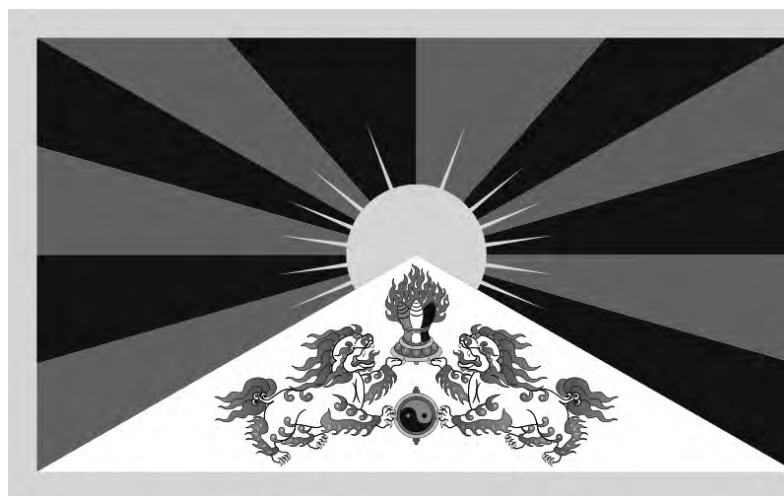
Wie das Echo vom „Dach der Welt“ auf Die Stimme Tibets ist, läßt sich schwer abschätzen. Briefe an die angegebene Adresse in Oslo oder Dharamsala zu schreiben, ist gefährlich, denn eine Postzensur pflegt in Diktaturen recht aktiv zu sein. So erreichen Briefe oder auch eine E-Mail nur selten ihr Ziel. Wesentlich häufiger sind daher Mitteilungen von Tibet-Besuchern aus dem Ausland und vor allem von Flüchtlingen aus Tibet, die sich oft bei der Aufnahmestelle der UNO für Flüchtlinge in Katmandu/Nepal melden.

Eine Bestätigung für die Wirksamkeit der Stimme Tibets ganz anderer Art sind die Reaktionen Pekings. Gewiß heißt es in der Resolution 59 des UN-Sicherheitsrates, dem ebenfalls die VR China angehört, die Freiheit der Information sei ein „fundamentales Menschenrecht“, doch zugleich verpflichtet die Verfassung Chi-

nas ihre Untertanen, „nicht gegen die Sicherheit, Ehre und Interessen des Vaterlandes zu handeln“, und ebenso ist es strafbar, „die Einheit des Landes zu untergraben“ – worunter das Regime bereits das Hören der Sender Stimme Amerikas und besonders Stimme Tibets zählt. Nachdem die anfänglichen Bemühungen, die Sendungen über die Seychellen auszustrahlen, auf Druck Pekings gegenüber dem Inselreich eingestellt wurden, erfolgt dies heutzutage über verschiedene Orte Asiens, die häufig wechseln. Eine andere Maßnahme waren die mehrfachen Versuche Chinas, seine eigenen Radioprogramme für Tibet in Qualität und Quantität zu verbessern, was aber offenbar ohne größere Wirkung blieb. Die Aktion, in Tibet alte Radio-Empfänger gegen neue einzutauschen, zeigte nur anfangs Erfolg, zumal die Tibeter schnell merkten, daß mit den neuen Apparaten die „feindlichen“ Sender nicht zu empfangen waren! Bereits eine Woche, nachdem Die Stimme Tibets auf Sendung gegangen war, versuchte Peking, den Empfang unmöglich zu machen. Heute dürften auf dem „Dach der Welt“ weit mehr als 100 Störsender installiert sein. Keineswegs selten aber lassen sich diese umgehen oder übertönen.

Erwartungsgemäß versucht das dafür zuständige „Büro für Öffentliche Sicherheit“ in Peking auch das Internet sowie die Webseite [www.vot.org](http://www.vot.org) des Senders zu blockieren. Die heutige Technik mit ihren Riesenschritten in der Entwicklung indes macht vieles möglich. „Wer weiß, was die Zukunft bringen wird“, sagte unlängst der Direktor des Senders. „Ich weiß nur, daß Die Stimme Tibets niemals aufgeben wird – bis zu dem Tage, an dem wir nicht mehr benötigt werden!“

Friedrich-Wilhelm Schlomann



Flagge der tibetischen Exilregierung – in China verboten.

## Einzigartiges Archiv

Ein Gespräch mit Dr. Klaus Zöllig, Sportmediziner und Vorsitzender des Vereins Doping-Opfer-Hilfe e.V.

**stacheldraht:** Am 6. Juli hat der Doping-Opfer-Hilfeverein in Weinheim sein Internationales Doping-Archiv eröffnet. Woher stammt das Material?

**Zöllig:** Zum großen Teil von dem Doping-Kritiker Prof. Werner Franke. Auch Prof. Gerhard Treutlein, engagiert in der Doping-Prävention, Henner Misersky, ehemaliger Skilanglauftrainer der DDR, und Hansjörg Kofink, ehemaliger Bundestrainer der Frauen im Kugelstoßen, haben dazu beigetragen. Darüber hinaus bekamen wir Unterlagen aus Kanada und den USA.

**stacheldraht:** Welche Archivalien umfaßt der Bestand?

**Zöllig:** Er ist in fünf Bereiche aufgeteilt. Zunächst gibt es Berichte der Staatssicherheit über Sportler und Trainer. Ein weiterer Komplex betrifft die Aufarbeitung durch die Zentrale Ermittlungsstelle für Regierungs- und Vereinigungskriminalität, dann die gerichtliche Aufarbeitung, der Bereich Doping in Westdeutschland bis hin zu den Telekom-Akten, und schließlich die Wissenschaftsliteratur.

**stacheldraht:** Also gehört auch eine Fachbibliothek dazu.

**Zöllig:** Ja, wir haben ungefähr 200 Bücher zum Thema, Dissertationen und andere wissenschaftliche Arbeiten, dazu dokumentierte Kolloquien, wie sie die DDR veranstaltete, über die Wirksamkeit sogenannter unterstützender Mittel beim Leistungssport.

**stacheldraht:** Sind Sie in den Akten auch auf spektakuläre Dokumente gestoßen?

**Zöllig:** Zur Eröffnung hat uns Prof. Franke die spanischen Contador-Unterlagen übergeben, die sind schon aufsehenerregend. Aber es dürfte auch noch anderes zu finden sein. Zum Beispiel ist mir beim Durchgehen der Akten aufgefallen, wie oft Wissenschaftler aus dem Osten, die im Westen zu tun hatten, dort ihre Kollegen ausgefragt haben. An einer Stelle berichtet ein DDR-Wissenschaftler, daß im westdeutschen Sportärzteverband Neuwahlen für das Präsidium anstünden und wer kandidieren wolle. Daraufhin

berät man auf östlicher Seite, auf welche Weise man den Gegenkandidaten unterstützen könne, weil er DDR-freundlicher und leichter zugänglich sei. Also ein direkter Einfluß des Ostens auf den westdeutschen Sportbetrieb.

**stacheldraht:** Sind die Materialien bereits alle erschlossen?

**Zöllig:** Keineswegs. Zunächst sind wir dabei, Indizes anzulegen, um überhaupt gezielt auf Akten zugreifen können.

**stacheldraht:** Und wer betreut die Bestände?

**Zöllig:** Das macht derzeit der Vorstand unseres Vereins. Aber unser Ziel ist es, einen Sponsor zu finden, um eine Halbtagsstelle für einen Archivar einzurichten. Die Dokumente müssen ja professionell aufbereitet werden.

**stacheldraht:** Für welche Nutzergruppen ist Ihr Archiv besonders interessant?

**Zöllig:** Zum einen für Doping-Opfer, deren Recherchen bislang in der Bundesrepublik sehr erschwert wurden durch die dezentrale Lagerung der Akten. Es gibt allein 16 Archive mit Akten aus dem DDR-Sportbetrieb. Dann natürlich für Journalisten und für Wissenschaftler. Wir haben bereits die Anfrage eines Doktoranden, der rechtswissenschaftlich die justizielle Aufarbeitung des DDR-Sports untersuchen will.

**stacheldraht:** Betrachten Sie Ihre Sammlung als abgeschlossen?

**Zöllig:** Nein, selbstverständlich sammeln wir weiter. Ich rufe die Opfer, die Täter, die Funktionäre und alle Leute aus dem Sportbereich in Ost und West auf, um ihre Dokumente im Zusammenhang mit Doping zur Verfügung zu stellen. Sie sollen mithelfen, die deutsche und internationale Doping-Geschichte aufzuarbeiten.

**stacheldraht:** Gibt es weltweit noch andere Doping-Archive?

**Zöllig:** Mir ist keins bekannt.

**stacheldraht:** Ihre Organisation widmet sich nicht nur der Aufarbeitung von Do-

ping, sondern ist auch seit Jahren in der Doping-Prävention aktiv. Wie nutzen Sie dafür das Archivmaterial?

**Zöllig:** Wir haben z.B. Vorträge ausgearbeitet, die auch auf Erkenntnissen aus den Akten beruhen. Oder, in einem kleinen Film berichtet ein jugendlicher Radsportler, wie er regelmäßig zwölf Medikamente einnimmt. Das zeigt, wie Jugendliche in ein Medikamenten-Training



geraten, ohne es eigentlich zu merken. Dann arbeiten wir mit der Deutschen Sportjugend in einem Programm, das Doping-Opfer zu Referenten ausbildet, die dann in Schulen und Sportvereinen sprechen. Dafür stellen wir wissenschaftliche Auswertungen von Nebenwirkungen und andere Fakten aus unseren Unterlagen zusammen.

**stacheldraht:** Könnten manche ihre Dokumente auch für die Nationale Anti-Doping-Agentur NADA aufschlußreich sein?

**Zöllig:** Ganz sicher. Der Deutsche Olympische Sportbund hatte sich gewünscht, daß entsprechende Akten zentral in Deutschland gesammelt werden. Aber die dezentrale Verwahrung ist teilweise auch in der Kulturhoheit der Länder begründet. Und bisher ist politisch kein Schritt gemacht worden, um z.B. die NADA als zentrale Anlaufstelle einzurichten. Solange sich daran nichts ändert, betreiben wir eben unser Archiv, zu dem jeder Zugang bekommt, der Interesse hat. Sollte eines Tages doch ein Archiv auf Bundesebene gegründet werden, bringen wir gern unsere Bestände mit ein.

**stacheldraht:** Vielen Dank, Herr Dr. Zöllig.

Kontakt: Internationales Doping Archiv, Rosenbrunnenstr. 8, 69469 Weinheim, Kontaktformular demnächst unter [www.dohev.de](http://www.dohev.de), Tel. (062 01) 610 08, Fax (062 01) 18 24 82

Klaus Zöllig (l.) bei der Eröffnung des Archivs im Gespräch mit Herbert Fischer-Solms für Deutschlandradio Kultur.

# Ermittlungsansatz eingeschränkt

Der Rohwedder-Mord und die ost-deutsche Wirtschaft vor 20 Jahren

Von Reinhard Dobrinski



Detlev Rohwedder (1990).

Düsseldorf, 1. April 1991: Ostermontag, ein Tag mit frühlingshaften Temperaturen von etwa 13 Grad C, niederschlagsfrei. Der bedeckte Himmel vermittelt den Eindruck, als lege sich der Abend schneller als sonst über die Landeshauptstadt. Im Kaiser-Friedrich-Ring, Stadtteil Oberkassel, wie auch anderswo haben sich nach 23.00 Uhr die meisten Anwohner bereits zur Ruhe begeben. Nur vereinzelt sind noch Fenster beleuchtet.

In einem Schrebergartengelände gilt um diese nächtliche Zeit einer ca. 63 Meter entfernt liegenden Stadtvilla im Kaiser-Friedrich-Ring das besondere Interesse. Drei schnell aufeinanderfolgende Schüsse zerreißen gegen 23.30 Uhr die Stille in Oberkassel. Wer diese Schüsse in unmittelbarer Nähe wahrgenommen hat, eilt an die Fenster oder vor die Haustür. Nachbarn des zweigeschossigen Privathauses sehen in den Fenstern eines beleuchteten Zimmers im Obergeschoß die kreisförmigen Zersplitterungen, die den Zusammenhang zu den gefallen Schüssen bereits ahnen lassen. Geistesgegenwärtig verständigen Anwohner über Notruf die Polizei. In kurzer Zeit treffen die ersten Ermittler am Tatort ein, gleichzeitig werden polizeiübliche Maßnahmen zur Verkehrs- und Personenkontrolle eingeleitet. Die Fahndung bleibt in dieser Nacht und an den Folgetagen ergebnislos.

Ein anonymer Anrufer bekennt sich zwischen 23.30 und 24.00 Uhr gegenüber der französischen Nachrichtenagentur AFP in deutscher und englischer Sprache zum Mord an Detlev Rohwedder; der Schluß liegt nahe,

daß die Attentäter kurz nach der Tat (oder nach Bestätigung des Mordes durch einen Dritten) diese Mitteilung selbst absetzen konnten. Ein Bekenner schreiben mit der Schlagzeile „WER NICHT KÄMPFT, STIRBT AUF RATEN – FREIHEIT IST NUR MÖGLICH IM KAMPF UM BEFREIUNG“, das von ideologischer Phrasologie über Imperialismus, Entwicklung zu Großdeutschland, Angriffen auf Gewerkschaftsfunktionäre und Waigel strotzt, geht unter dem Datum 4.4.1991 ebenfalls an AFP.

Die Presseerklärung des Generalbundesanwalts beim Bundesgerichtshof vom 2. April 1991 versetzt die deutsche Öffentlichkeit angesichts des nun bekanntgewordenen Mordanschlags auf den Vorstandsvorsitzenden der Treuhandanstalt (THA), Dr. Detlev Karsten Rohwedder, in tiefe Bestürzung. Die am Tatort und in unmittelbarer Umgebung sichergestellten Beweismittel – drei Patronenhülsen, ein Stuhl, ein Fernglas, ein Tatbekenntnis des „Kommandos Ulrich Wessel“ mit dem RAF-Symbol und die Projektile am Zielort – bilden die Basis für eine genaue Rekonstruktion des Tathergangs und aufwendige kriminaltechnische Untersuchungen. Als bald haben Generalbundesanwalt und die Beamten des Bundeskriminalamtes (BKA) die Details ermittelt: Standort des Mordschützen im Schrebergarten gegenüber der Stadtvilla, ein belgisches Schnellfeuerwaffe des Typs „FAL“ (Fusil Automatique Legere), Kaliber 7,62 x 51 als Mordwaffe, Schußentfernung, die tödliche Verletzung des Opfers. Die kriminaltechnischen Untersuchungen der Patronenhülsen weisen zudem Spuren auf, die mit am Tatort des RAF-Anschlags auf die US-Botschaft in Königswinter sichergestellten Patronenhülsen identisch sind.

Von da an tritt die „SoKo Treuhand“ auf der Stelle. Über zwei Jahrzehnte kommen die Ermittlungsbehörden nicht voran. Lediglich eine Pressemitteilung des Generalbundesanwalts vom 16.5.2001 weckt vorübergehend neue Hoffnung auf Ermittlungserfolge. Kernpunkt dieser Pressemitteilung war, daß dem Kriminaltechnischen Institut des BKA in Anwendung neuer Methoden ein Durchbruch bei molekulargenetischen Untersuchungen gelungen sei und in einem seinerzeit am

Tatort sichergestellten Frottee-Handtuch menschliche Haare festgestellt wurden. Die DNA-analytische Untersuchung führte zu dem Ergebnis: „Eine Haarspur stammt zu dem Ergebnis: „Eine Haarspur stammt zweifelsfrei von Wolfgang Grams.“ (Grams hatte sich am 27. Juni 1993 in Bad Kleinen wegen drohender Festnahme mutmaßlich selbst erschossen.) Doch diese Tatsache deutet noch lange nicht auf den Todesschützen hin - es wird weiter gegen unbekannt ermittelt. Seit zehn Jahren bleiben selbst Hinweise auf kleinste Ermittlungsfortschritte aus. So drängt sich der Eindruck auf, daß die Ermittlungen in einer Sackgasse festgefahren sind. In Sicherheit dürfen sich die Attentäter jedoch nicht wiegen, denn Mord verjährt nicht.

Kennzeichnend für die dahingeflossenen Jahre ist auch das Ausbleiben von Berichten des investigativen Journalismus. Selbst Der Spiegel ist diesbezüglich mager-süchtig. Ein nennenswerter Artikel, „Das jüngste Gerücht“ (Spiegel 10/1998, S. 32 ff.), reduzierte sich im wesentlichen auf die Maßregelung der Filmemacher Werner Czaschke und Clemens Schmidt, weil sie den Standpunkt vertraten, an der Version des BKA und des Generalbundesanwalts von der Alleintäterschaft der RAF bestünden „erhebliche Zweifel“. Nachweisliche Fehler in der Filmarbeit haben dem Spiegel-Artikel wohl die journalistische Nahrung geliefert. Der Schlußsatz: „Fünf Jahre nach der Verschwörungstheorie West nun die Verschwörungstheorie Ost“, garantiert jedem, der die „Verschwörungstheorie Ost“ dennoch überdenkt, den Verriß.

Nur wer sich mit der Frage konfrontiert, welche chaotischen Verwerfungen (von der Allgemeinheit kaum wahrgenommen) sich bereits vor und mit dem Beschluß des von Modrow geführten Ministerrats vom 1. März 1990 zur Gründung einer „Anstalt zur treuhänderischen Verwaltung des Volkseigentums und zur Umwandlung der volkseigenen Kombinate ... in Kapitalgesellschaften“ den Weg bahnen konnten, wird in Ansätzen ermessen, welche Verantwortung und Aufgabenlast auf Detlev Rohwedder mit seiner Berufung zum Vorstandsvorsitzenden am 20. August 1990 zukam.

Den gesetzlichen Regelungen der Modrow-Regierung zur Verwaltung und Um-

wandlung der Kombinate, VEB usw. wurde Chaos stiftend vorgegriffen. Das Handelsgesetzbuch (HGB) vom 10.5.1897 sowie das Einführungsgesetz zum HGB, das Aktiengesetz vom 30.1.1937 und das GmbH-Gesetz vom 20.4.1892 galten nicht mehr in der DDR. Der Vertrag über die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion vom 15. Mai 1990 verpflichtete die DDR deshalb zur Inkraftsetzung dieser alten, in der Bundesrepublik jedoch gültigen Rechtsvorschriften. Die Gründung von Kapitalgesellschaften aber war demgegenüber bereits zu Beginn des Jahres 1990 zu beobachten, weil Vermögen aus dubiosen Quellen, ausgegliederte Betriebsteile und Einrichtungen des Staatsapparats für sich aus gutem Grund (ungehinderte Vermögenstransaktionen) den schnellen Weg zur Kapitalgesellschaft wählten. Das Direktorium der Anstalt zur treuhänderischen Verwaltung des Volkseigentums fand für diese chaotische Situation eine elegante Lösung: Der Stellvertreter des Vorsitzenden des Direktoriums, Wolfram Krause, erließ am 27. April 1990 kraft seines Amtes „Grundsätze für die Eintragung von Betrieben und Kapitalgesellschaften in das Register des Staatlichen Vertragsgerichts“. Die „Lex Krause“ war weder vereinbar mit den Rechtsvorschriften der Ordnungsmäßigkeit für die Rechnungsführung und Statistik der volkseigenen Betriebe noch mit den Sorgfaltspflichten eines ordentlichen Kaufmanns; sie war das Einfallstor für die sogenannte Vereinigungskriminalität. Vermögensbewegungen und -verschiebungen wurden damit in die Hände externer Entscheidungsträger gelegt. Dazu einige Auszüge aus Ziff. 1. und 4. der von Krause erlassenen Grundsätze:

„... ist es zulässig, daß sie [Kombinate, Betriebe usw. – d.V.] vor der Umwandlung noch eine Veränderung ihrer Betriebsstruktur (z.B. Betriebsteile werden juristisch selbständige Betriebe) vornehmen. Die neu gegründeten VEB haben Anspruch auf Eintragung in das Register der volkseigenen Wirtschaft. ... Diese Veränderungen bedürfen nicht der Abstimmung oder Zustimmung der Treuhandanstalt.“

„...da die Umwandlung eines VEB in zwei oder auch mehrere Gesellschaften möglich und zulässig ist. Welcher Weg beschritten wird, obliegt der freien Entscheidung der VEB und ihrer Leitungsorgane.“

„Über die Zustimmung für die Registrierung von Kapitalgesellschaften, die

vor dem 1.3.1990 gegründet und deren Erklärungen bereits notariell beurkundet wurden, entscheidet die Treuhandanstalt durch Individualakt und informiert darüber das zuständige Bezirksvertragsgericht.“

Sehenden Auges, also vorsätzlich, wurde hier gegen § 2 GmbH-Gesetz verstoßen, indem die notarielle Beurkundung zwar auf die Umwandlungserklärung, nicht jedoch auf den Gesellschaftsvertrag bezogen wurde.

Ein „Bericht vom 12.3.1990 der Arbeitsgruppe Sicherheit vor dem Zentralen Runden Tisch“ läßt die Probleme der Kontrolle von Vermögensbewegungen bei der Auflösung des MfS/AfNS sichtbar werden. Als Schwerpunkt wurde dort u.a. genannt: „Es ist zu verhindern, daß Aneignungen im Sinne neu entstehender Betriebe in unlauterer Absicht erfolgen – übrigens unter aktiver Mithilfe einiger ehemaliger Mitarbeiter des MfS...“ Anschließend wird auf Probleme eingegangen, die bei der Umsetzung eines Ministerratsbeschlusses vom 13. Januar 1990 zur Umwandlung der MfS-Bereiche „Operativ Technischer Sektor“ und „Institut für Technische Untersuchungen“ in den VEB Ingenieurbetrieb für wissenschaftlichen Gerätebau (IWG) entstanden und unbeherrschbar wurden. Das monströse Unternehmen, versehen mit zivilem Anstrich durch Ansiedlung beim

des Bürgerkomitees unter den Augen der Staatsanwaltschaft nach den althergebrachten Grundsätzen der Konspiration. Im Bericht wird ausgeführt: „Dieser Betrieb besteht aus seinen drei Hauptwerken Berlin-Köpenick, Leipzig-Beucha, Berlin-Hohenschönhausen jeweils mit außergewöhnlicher technischer Ausstattung sowie einer Vielzahl kleinerer Produktions- und Lagerstätten. Dazu kommen noch mindestens 10 Erholungsobjekte mit einer Gesamtkapazität von über 4000 Plätzen, ein Kinderferienlager mit 544 Plätzen sowie eine unbekannt Anzahl von Wohngrundstücken.“ – Dieser Tatbestandsbericht läßt den Schluß zu, daß die eingesetzten Leitungskader des neu gegründeten VEB über zwei Monate die Vermögensverhältnisse durch Unterlassen der Erstellung einer Eröffnungsbilanz verschleiern konnten. Noch in der Amtszeit der Modrow-Regierung schlägt die Arbeitsgruppe Sicherheit einer zukünftigen Regierung „... im Interesse von wirtschaftlich sinnvollem Umgang mit Staatseigentum...“ u.a. die Aufhebung des vorgenannten Ministerratsbeschlusses vor.

Detlev Rohwedder wird sich nach seiner Berufung zum Vorstandsvorsitzenden alsbald den undurchdringlichen Verflechtungen alter und neuer Seilschaften im Prozeß der Umwandlung der VEB, Kombinate und Außenhandelsbetriebe in Kapitalgesellschaften inner- und außerhalb

**Wir möchten, daß alle Aufsichtsräte, Vorstände und Geschäftsführer der Unternehmen, die zur Treuhandanstalt gehören, eine Erklärung zum Thema Stasi abgeben.**

**Wir bitten deswegen Sie als Vorsitzenden des Aufsichtsrates, von allen "westlichen und östlichen" Aufsichtsratsmitgliedern und Vorstandsmitgliedern, bzw. Geschäftsführern und besonders von Personalleitern in Ihrem Unternehmen die beiliegende Erklärung unterschreiben zu lassen.**

Aus dem Brief Rohwedders vom 15. Januar 1991.

Ministerium für Wissenschaft und Technik, war der Arbeitgeber von insgesamt 1500 ehemaligen MfS-/AfNS-Spezialisten für Spionagetechnik jedweder Art. Der zehnköpfige Direktionsstab des neuen VEB und der späteren GmbH verfährt gegenüber den Arbeitsgruppen Sicherheit des Zentralen Runden Tisches und

der Treuhandanstalt gegenübergesehen haben. Die Wirtschaftskommission des Neuen Forums, damals die einzige in dieser Sache vehement auf Veränderung drängende Kraft, hat Rohwedder zudem wiederholt auf den Kadertransfer aus dem Partei- und Staatsapparat sowie dem MfS/AfNS in die Treuhand unter Na-

mensnennung hingewiesen. Ein Brief vom 15. Januar 1991 scheint ein untrüglicher Hinweis darauf, daß der Treuhand-Vorstand sich vor die Entscheidung gestellt sah, durch außergewöhnliche Maßnahmen das Gesetz des Handelns im Prozeß der Privatisierung und Transformation der DDR-Volkswirtschaft zurückzugewinnen. Dieser unmißverständlich verfaßte Brief war unverkennbar an nur einen Adressatenkreis gerichtet: „Der Vorstand der

der Hintergründe des Mordes an Detlev Rohwedder geht. Bereits ein Satz aus dem Brief der Amtsnachfolgerin Birgit Breuel vom 7. August 1991 läßt ahnen, welche Wirkungen der Brief Rohwedders unter den ehemaligen Partei- und Staatsfunktionären entfaltet haben muß: „... Nicht zuletzt deshalb haben wir uns von ca. 400 Führungskräften auf Grund ihrer politischen Vergangenheit getrennt.“

ausgerufen worden, und an DDR-Bürger sollten Anteilsscheine am Volkseigentum als „Rohwedder-Aktie“ ausgegeben werden. Der am 3. April 1991 scheinbar gemäßigter ausfallende Leitartikel des ND-Chefredakteurs Reiner Oschmann gipfelte in Hinweisen auf eine tiefe und explosive Krise in Deutschland (er sieht bereits Weimarer Verhältnisse) sowie erste Reaktionen, die „eine Art Hexenjagd“ und mehr befürchten ließen.

**sie kennen unsere aktion 'politisch katastrophal', weil sie angst davor haben, daß wir auch von menschen in der ex-ddr verstanden werden. waigel kommt dann gleich mit der drohung hinterher, daß, wenn die streiks und demonstrationen dort weitergehen, das ein investitions-hindernis für die konzerne ist. aber damit viele menschen dort überhaupt nicht erst anfangen sich mit der aktion, unserer politik und vorstellung überhaupt auseinander zu setzen, spuckt der gehirnwäsche-apparat vom ersten moment an diesen quatsch aus. wir würden an der langen leine des stasi laufen.**

Aus dem RAF-Bekennerschreiben vom 4. April 1991.

Treuhandanstalt hat deshalb beschlossen – nicht zuletzt auch nach Abstimmung mit den Vertrauensbevollmächtigten – einen weiteren klärenden, reinigenden Schritt zu tun. Wir möchten, daß alle Aufsichtsräte, Vorstände und Geschäftsführer der Unternehmen, die zur Treuhandanstalt gehören, eine Erklärung zum Thema Stasi abgeben.“ (s. Abb. 9) Die Erklärung selbst war dem Schreiben vom 15.1.1991 als Anlage beigefügt.

Diesem Brief kommt nach Auffassung des Verfassers eine besondere Bedeutung zu, wenn es um die Ausleuchtung

Eine ideologische Exzeßtat muß deshalb trotz der vorliegenden Indizien nicht alleiniges Werk der RAF gewesen sein. Das ehemalige SED-Zentralorgan „Neues Deutschland“ und seine gelegentliche Beilage „AntiAbwicklungsZeitung“ hatten ihr Visier bereits über Monate auf Detlev Rohwedder ausgerichtet. Diese Kampagne wurde nach dem Reglement der ideologischen Bei- und Reißordnung geführt, widersprach aber dem tatsächlichen Wissensstand der SED/PDS-Eliten. Dem damaligen Ministerpräsidenten Hans Modrow war bereits Anfang 1990 durch eine „Voreinschätzung vom 14.2.90 der Rahmenbedingungen zur Entwicklung der Volkswirtschaft im Jahre 1990“ bekannt, daß der Patient DDR-Volkswirtschaft in der Agonie lag. Wenn Modrow noch heute behauptet, „... eine Liquidierung des sich selbst tragenden Industrie- und Wirtschaftsstandortes [DDR – d.V.]“ sei zu verhindern gewesen, dann verdient dies die Einordnung als Modrow-Lüge.

Aufrufe zu Demonstrationen am 23. März waren von ungehemmten Haßtiraden geprägt, die mit Forderungen wie „Nein zu einer Kriegssteuer“ sowohl in Ulbrichts ideologischer Rüstkammer aufgetankt hatten als auch den Ton des RAF-Bekennerschreibens vom 4.4.1991 trafen. Hauptredner Gysi bezichtigte vor seiner Fangemeinde die Bundesregierung der totalen Unfähigkeit und des Wahlbetruges - angesichts des notorischen Wahlbetrugs in der DDR ein dreister Akt.

Der 31. März 1991 war, wenn auch mit satirischem Ansatz, zum Rohwedder-Tag

Eine Tatsachenwürdigung im Zusammenhang mit dem Mord vom 1. April 1991 ohne Berücksichtigung dieser aufgeheizten Situation im Osten und der damals noch ungewissen Zukunft der alten Eliten scheint ein schwerer Fehler. Vor allem aber: Weshalb sollte die Tatbeteiligung der RAF eine Verstrickung von Personen aus dem DDR-Sicherheits- und Machtapparat, als Hintermänner z.B., ausschließen? Die engen Verbindungen sind seit langem bekannt.

Am 26. März 1991, nur wenige Tage vor dem Attentat, wurden die hochrangigen Stasi-Offiziere Dr. Gerhard Neiber (ehemaliger Stellvertreter Mielkes), Gerhard Plomann, Harry Dahl, Dr. Günter Jäckel und Gerhard Zaumseil (Führungsoffizier der RAF-Terroristin Silke Maier-Witt) verhaftet. Sie waren im MfS mit RAF-Angelegenheiten als Ausbilder, Berater und Organisatoren betraut und intime Kenner der Terroristenszene.

### **Das ist New York: Du gibst ihnen das Geld und wirst trotzdem erstothen.**

Woody Ellen

Wir wissen schon, weshalb der STACHELDRAHT in Berlin erscheint...

Deshalb: Bitte spenden Sie für den STACHELDRAHT, und werben Sie Spender und Abonnenten. Für Spenden gibt es kein Limit, und jedes Abo hilft. Das Jahresabonnement mit 9 Ausgaben kostet 9,- Euro.

Name und Anschrift an die Redaktion senden, Überweisungen bitte auf das Konto BSV-Förderverein, Konto-Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708 48, Berliner Bank AG, Verwendungszweck „Stacheldraht-Abo“ oder „Stacheldraht-Spende“.

(Für UOKG-Mitglieder besteht keine Zahlungspflicht.)

### **Da lacht der Klassenfeind**

„... erklärten die IM, daß er vielleicht auch IM des MfS ist und deswegen den reaktionären Haltungen der Kollegen folgt.“

BV Gera

# Ein Tag zählt wie ein Jahr

## Die Frauen von Hoheneck

Von Ellen Thiemann

Auf so einen Ansturm war selbst die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur nicht vorbereitet. Am 8. März 2011 strömten schon eine Stunde vor Beginn der öffentlichen Uraufführung des Dokumentarfilms „Ein Tag zählt wie ein Jahr“ von Kristin Derfler und Dietmar Klein ganze Menschenmassen in den imposanten Bau in der Kronenstraße. Erst eine Viertelstunde später als vorgesehen konnte Geschäftsführerin Dr. Anna Kaminsky den Abend eröffnen, weil immer mehr Stühle fürs interessierte Publikum herangeschafft werden mußten.

Unter den rund 200 Anwesenden auch der ehemalige Regierende Bürgermeister von Berlin Walter Momper (SPD), seit 2001 Präsident des Abgeordnetenhauses; Lilo Fuchs, Ehefrau des unvergessenen Schriftstellers und Psychologen Jürgen Fuchs, Regisseure, Schauspieler, Rechtsanwälte, Richter, aber vor allem zahlreiche politische Häftlinge vom Frauenkreis der ehemaligen Hoheneckerinnen. Vorsitzende Inge Naumann sprach stellvertretend für alle Leidensgefährtinnen: „Für uns war es Ehrensache, die Uraufführung dieses aufrüttelnden, an Herz und Nieren gehenden Streifens mitzerleben.“

Der Film über das berüchtigte Frauenzuchthaus Hoheneck in Stollberg/Erzgebirge hat eine Vorgeschichte, wie Drehbuchautorin Kristin Derfler erklärte: „Meine Vorliebe für Spielfilmstoffe mit gesellschaftspolitischem Hintergrund führt immer wieder zu aufwendigen Recherchen. So kam es, daß ich für mein Drehbuch ‚Es ist nicht vorbei‘, das 2010 nach zähen Verhandlungen mit dem SWR/RBB verfilmt wurde, zahlreiche Interviews mit DDR-Zeitzeuginnen führte, die im ehemaligen Frauenzuchthaus Hoheneck aus politischen Gründen eingesperrt waren.“ Gemeinsam mit ihrem Mann, dem Regisseur Dietmar Klein, entstand die Idee, aus dem umfangreichen Material zusätzlich einen Dokumentarfilm zu drehen. Aber: Alle Versuche, dieses Thema mit Hinweis auf den Spielfilm unterzubringen, scheiterten. „Kein öffentlich rechtlicher Sender zeigte Interesse, so daß wir keinerlei Unterstüt-

zung für unser Dokumentarfilm-Projekt erhielten“, beklagt die Filmemacherin. „Glücklicherweise konnten wir die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur für unser Projekt gewinnen. So haben wir dann den Film mit einem sehr begrenzten Budget selbst produziert.“

Die Zeitzeuginnen wurden von dem Film-Team über drei Jahre bei ihren jährlichen Oktobertreffen in Stollberg und bei den nervenaufreibenden Rundgängen im ehemaligen Frauenzuchthaus begleitet. „Sie haben uns langsam ihre Herzen und Seelen geöffnet und uns erlaubt, sie zu befragen und zu filmen. Einige von ihnen sprechen überhaupt das allererste Mal vor der Kamera über ihre damaligen Erlebnisse“, berichtet Kristin Derfler und erläutert: „Der Film zeigt Frauenschicksale von den frühen 50er bis zu den späten 80er Jahren, aber streift auch die nächste Generation, die mit den Folgen dieser Vergangenheit bis heute zu kämpfen hat. Jedes Jahrzehnt hatte seine besonderen Schrecken. Und jedes unserer Frauenschicksale repräsentiert einen speziellen Aspekt der politisch Inhaftierten, die es ja offiziell in der DDR nicht gab, und die wie Schwermörderin behandelt wurden.“

Sozial-Pädagoge Stefan Krikowski, dessen Vater von 1952 bis 1955 im Arbeitslager Workuta/Sibirien auf Leben und Tod drangsalieren worden war, meinte am Schluß: „Großer Dank gehört den Filmemachern Kristin Derfler und Dietmar Klein. Sie haben mit ihrem Film den Frauen aus Hoheneck ein Denkmal gesetzt und ihnen ihre Würde zurückgegeben. Ein behutsamer und einfühlsamer Film, der zeigt, wie tief die Wunden bei den Zeitzeuginnen auch nach Jahrzehnten noch sind, wie groß die Traumatisierung ist, die das kommunistische Regime der DDR bei ihnen angerichtet hat.“ Das war während der gesamten Veranstaltung spürbar. Im Publikum zeigte sich starke Ergriffenheit, aber auch Zorn. Viele Tränen flossen während der unter die Haut gehenden Schilderungen der befragten Frauen.

Auch die Berliner Producerin Susann Willmore, die sich im Kreis einiger Künst-



(v.l.) Ellen Thiemann, Uta Franke und Ingeborg Linke – die Zeitzeuginnen vor dem Podiumsgespräch.

lerkollegen die historisch wertvolle Dokumentation angesehen hatte, urteilte: „Der Film ist unheimlich gut gemacht, weil er so direkt ist. Weil er den Frauen eine Stimme und viel Raum gibt, und zwar unzensuriert. Das hat mich tief berührt.“ Schauspielerin Heike Hanold-Lynch („Weißensee“) erklärte: „Den erschütternden Berichten über das tägliche Ringen um Würde respektvoll und ohne Effekthascherei folgen zu dürfen, ist das große Verdienst dieser hervorragenden Dokumentation.“ Und die stellvertretende Salonleiterin Kitty List lobte: „Eine beachtliche Leistung mit klarer Konzeption, ausgezeichneter Kameraführung, perfekter Musikauswahl und angenehmer Sprecherin für den Begleit-Text.“

Im Anschluß an die 58minütige, mit viel Beifall bedachte Uraufführung, eröffnete Moderatorin Doris Liebermann ein Podiumsgespräch mit drei Betroffenen: Ingeborg Linke - 1947 wegen angeblicher Spionage verhaftet, zu 25 Jahren Gefängnis verurteilt, 1955 entlassen. Ellen Thiemann - 1972 wegen geplanter Republikflucht in Berlin verhaftet, 1973 zu 3,5

Jahren verurteilt, Ende Mai 1975 nach Ost-Berlin entlassen und im Dezember 1975 mit Sohn nach Köln ausgereist. Uta Franke - 1979 wegen „staatsfeindlicher Hetze“ verhaftet, zu 2,4 Jahren verurteilt und 1981 durch die Bundesregierung mit Tochter freigekauft.

Diese authentische Gesprächsrunde verstärkte den Eindruck über die in „Ein Tag zählt wie ein Jahr“ gezeigten unmenschlichen Zustände in sozialistischen

Haftanstalten. Ein Vertreter der Konrad-Adenauer-Stiftung war von der Kombination Dokumentarfilm/Podiumsgespräch mit den drei Zeitzuginnen so beeindruckt, daß er das „Paket“ für nächstes Jahr unbedingt ins Programm nehmen will.

Die Ankündigung von Dr. Anna Kaminsky, daß es eine DVD geben wird (voraussichtlich Mai 2011), stieß auf großes Interesse. „Ich bestelle gleich 20 Stück.

Meine engsten Freunde und Verwandten müssen sehen, was uns tagtäglich widerfahren war“, versicherte eine ehemalige Leidensgefährtin. Eine andere forderte: „Es kann gar nicht genug Aufklärung geben. Nicht nur für Erwachsene, sondern auch an Schulen und Universitäten.“ Das ist auch das Anliegen der Bundesstiftung, die deshalb den Dokumentarfilm „Ein Tag zählt wie ein Jahr“ in einer 45-Minuten-Fassung unterrichtsgerecht produzieren läßt. ■

## Einer von uns

UOKG-Verbandetreffen am 26. und 27. März in Berlin-Hohenschönhausen

(st)Für das Thema „Historische Aufarbeitung politischen Unrechts und die Entschädigung der Betroffenen“ waren die an diesem Wochenende eingeladenen Gastredner allesamt prädestiniert.

Mit Roland Jahn wurde das erste Mal ein ehemaliger politischer Häftling in das Amt des Bundesbeauftragten für die Stasi-

Teilnehmers in der Pause: „Er ist wirklich einer von uns.“

Als Archivar mit Leidenschaft für seinen Beruf lernten die Anwesenden dann Dr. Matthias Buchholz kennen, der das Archiv der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur vorstellte. Es beherbergt u.a. eine Sammlung von Zeitzeugenberichten, zahlreiche Vor- und Nachlässe, das „Archiv unterdrückter Literatur in der DDR“, die Materialien beider Enquete-Kommissionen des Bundestages zur DDR-Geschichte, Plakate und ca. 40 000 Fotos. Mit welchen Techniken sich all das sichern läßt vor dem Zahn der Zeit, konnte leider nur kurz angerissen werden – dieses hochinteressante Gebiet böte Stoff für einen eigenen Vortrag.

Michael Schumny, Geschäftsführer der Stiftung für ehemalige politische Häftlinge in Bonn, umriß zunächst die Aufgaben der Stiftung und teilte mit, daß sie derzeit mit Anträgen überhäuft sei. Er trat den regelmäßig wiederkehrenden Gerüchten entgegen, sie werde aufgelöst. Von bisher jährlich 2,2 Millionen Euro sei die zur Verfügung stehende Summe seit 2011 allerdings auf 1,9 Millionen gesenkt worden. Zu Befürchtungen, daß dadurch auch Leistungen für die ohnehin schon benachteiligten Zivildeportierten geschmälert würden, erklärte Schumny: „Wir versuchen, diesen Personenkreis aus Kürzungen herauszuhalten, aber es wird zunehmend schwieriger.“

Angelika Barbe wies auf Ulrich Schachts neues Buch „Vereister Sommer“ hin, mit dem den Verfolgten und Deportierten ein Denkmal gesetzt worden sei. Sie versprach, dem Autor den Dank der UOKG dafür am 26. März, an dem er seinen 60. Geburtstag nachfeierte, zu übermitteln. Ein weiterer Verein, mit dem schönen Namen „Freiheit e.V.“, wurde in die Reihen des Dachverbandes aufgenommen. In ihm haben sich ehemalige politische Gefangene der U-Haftanstalt des MfS in der Erfurter Andreasstraße zusammengefunden. Sie kämpfen derzeit darum, angemessen an der Erarbeitung einer Konzeption für die zukünftige Gedenkstätte beteiligt zu werden. Zur Unterstützung dieses Anliegens verabschiedeten die Vertreter der Verbände eine Resolution (s. S. 13), weitere zur Entfernung ehemaliger Stasi-Mitarbeiter aus der BStU-Behörde und zu Forderungen der Arbeitsgemeinschaft Lager Sachsenhausen (s. S. 3).

Das nächste Verbandetreffen ist für den 18./19.Juni 2011 geplant. ■



Foto: N. Radtitz

Er will Anwalt der Opfer sein. Roland Jahn (l.) mit dem UOKG-Vorsitzenden Rainer Wagner.

Unterlagen gewählt, und entsprechend hoch waren die Erwartungen. Sie wurden nicht enttäuscht. Jahn machte gleich zu Beginn deutlich, wie wesentlich für ihn der Kontakt zu den Opfern und deren Empfindungen seien: „Aufarbeitung ist nicht nur eine rationale Sache.“ In diesem Kontext müsse auch die Anstellung ehemaliger MfS-Mitarbeiter in der Behörde gesehen werden. Jeder von ihnen „sei ein Schlag ins Gesicht der Opfer“. Seine öffentliche Ankündigung, diesen Zustand nicht hinzunehmen, hatte ihm von mehreren Politikern mit Hinweis auf rechtliche Hindernisse Kritik eingebracht. Jahn sagte dazu: „Der Rechtsstaat ist herausgefordert, für die Menschen eine Lösung zu finden.“ Daß der neue Bundesbeauftragte menschlich und emotional zu überzeugen wußte, zeigte die Bemerkung eines

Mit Lutz Rathenow stellte sich ein weiterer neugewählter Behördenchef vor. Er hat das Amt des Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen in Sachsen übernommen. Nachdem der Schriftsteller und Lyriker einige Hintergründe des Auswahlprozesses und seiner Kandidatur - die auf Kritik mancher Opferverbände und Aufarbeitungsinitiativen stieß - erläutert hatte, plädierte er für eine Aufgabenerweiterung der Behörde im Sinne seiner Kritiker (s. 2/2011, S. 3). Das Stasi-Unterlagen-Gesetz des Freistaates müsse „ein waserdichtes und zukunftsfähiges Gesetz werden“. Auch die Öffentlichkeits- und Zeitzeugenarbeit solle intensiviert werden. Als Rathenow seine Vorstellungen von Aufarbeitung zu entwickeln begann, redete er sich zunehmend frei und fand auch zu dem ihm eigenen Humor mit selbstironischen Kommentaren zurück. Seiner Verantwortung ist sich der neue Landesbeauftragte bewußt: „Geschichte hört nie auf. Sie bleibt immer virulent.“

## Jahreshauptversammlung der IGFM: Kampf gegen die Zensur

„Keine Toleranz den neuen Zensoren – für freien Zugang zu Informationen“ hieß das Motto der diesjährigen Jahreshauptversammlung der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) vom 18. bis 20. März in Bonn. Der Präsident des Europäischen Parlaments, Prof. Dr. Jerzy Buzek, der Menschenrechtsbeauftragte der Bundesregierung, Markus Löning, und das Mitglied des Europaparlaments, Dr. Christian Ehler, ließen Grußworte an die Versammlungsteilnehmer ausrichten. Die Eröffnungsrede hielt die iranische Friedensnobelpreisträgerin Shirin Ebadi. Sie berichtete, daß im Iran zunehmend gewalttätiger gegen Oppositionelle vorgegangen werde. Auch die Diskriminierung religiöser Minderheiten nehme immer mehr zu.

In Arbeitskreisen beschäftigten sich die Teilnehmer mit der Zensur im Iran, in China und Kuba, und erörterten Möglich-

keiten zu ihrer Überwindung. Ein weiterer Arbeitskreis befaßte sich mit der Situation religiöser Minderheiten in der Welt, besonders mit der Lage verfolgter Christen. Als Zeugen von Menschenrechtsverletzungen berichteten u. a. die Vorsitzende der Soldatenmütter St. Petersburg, Anna Poljakowa, und der kubanische Bürgerrechtler Dr. José Luis Paneque, der erst im Juli 2010 aus politischer Haft ins spanische Zwangsexil entlassen worden war.

Der Vorstandssprecher der IGFM, Martin Lessenthin, rief dazu auf, sogenannte Blogger und Cyber-Dissidenten in ihrem Kampf gegen die Internet-Zensur zu unterstützen. Mit der Ausschreibung des Medienpreises „Keine Toleranz den neuen Zensoren!“ wolle die IGFM die neue Zensur stärker in das öffentliche Bewußtsein rücken, so Lessenthin. (Weitere Informationen unter [www.menschenrechte.de](http://www.menschenrechte.de))

Theo Mittrup

Drei der Jugendlichen, **Horst Franz, Horst Weise** und **Theo Heinze**, wurden noch im Februar 1946 zum Tode verurteilt, in Rudolstadt erschossen und menschenunwürdig an bis heute unbekanntem Orten verscharrt. Drei weitere wurden zu 20 Jahren Gefangenenlager verurteilt, es waren: **Regina Böhm, Bruno Hopf** und **Werner Pfothenhauer**. Die anderen sieben erhielten zehn Jahre Lagerhaft. Es waren: **Gerhard Frosch, Wilfried Backert, Ludwig Nehring, Kurt Beerhold, Werner Koch, Harry Heinze** und **Helmut Baum**. In der Urteilsbegründung wurden sie bezichtigt, „Werwolf“-Mitglieder zu sein. 50 Jahre später stellte die sowjetische Militärhauptstaatsanwaltschaft lakonisch fest, „daß das Urteil des Kriegstribunals in Bezug auf alle 13 verurteilten Bürger Deutschlands unbegründet gefällt worden ist nach politischen Motiven.“ Es seien keine Schäden an den Interessen der UdSSR und ihren Bürgern eingetreten. Deshalb würden alle aufgeführten Opfer rehabilitiert.

Weil es bis heute in Schwarzta keinen Ort der Erinnerung an diesen Exzeß – dem unzählige weitere folgten – eines totalitären Regimes gibt, hat sich nun ein Interessenkreis gegründet, der für die 13 jugendlichen Opfer eine Gedenktafel entwerfen und anfertigen lassen will. Die Tafel soll auch an die anderen Opfer totalitärer Regime erinnern und der jungen Generation als Mahnung dienen.

Lothar Mattig

## Die Opfer von Schwarzta

In Schwarzta/Saale, einer bis 1950 selbständigen Gemeinde in Thüringen, die 1950 vom kommunistischen Regime zwangsweise der Stadt Rudolstadt angeschlossen wurde, waren vor 65 Jahren,

Anfang 1946, 13 Jugendliche von vorgeblichen Kommunisten bei der sowjet-russischen Militärjustiz angezeigt und von dieser verhaftet, verurteilt und grausam bestraft worden.

### Dokumentiert

#### Haftopfer angemessen beteiligen!

*Die im Rahmen des UOKG-Verbandtreffens am 26. und 27. März 2011 in der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen versammelten Vertreter der Opfer kommunistischer Gewaltherrschaft verabschiedeten die folgende Resolution:*

Gegen den ausdrücklichen Protest der beiden örtlichen Häftlingsverbände Freiheit e.V. und VOS e.V., Landesgruppe Thüringen, will das Thüringer Kultusministerium eine dem Ort nicht angemessene Dauerausstellung in der zukünftigen Gedenk- und Bildungsstätte in der Erfurter Andreasstraße installieren.

Eine Gedenkstätte in einem ehemaligen Untersuchungsgefängnis muß vor allem von denen getragen werden, die einst hier gelitten haben. Jedes Konzept für einen solchen Ort muß sich an der Akzeptanz derer messen, denen hier staatlich verordnetes Unrecht zugefügt wurde. Das ist in Deutschland seit der Errichtung der ersten KZ-Gedenkstätten ein unbestrittener ethischer Grundsatz.

Das galt bisher auch für alle Gedenkstätten in ehemaligen MfS-Gefängnissen. Das Thüringer Kultusministerium verletzt diesen Grundsatz.

Den Vertretern der ehemaligen politischen Gefangenen der MfS-U-Haftanstalt Andreasstraße wurde eine substantielle Mitsprache bei der Erarbeitung des Konzeptes so lange verweigert, bis sie ihren Austritt aus der „Arbeitsgruppe Konzept Andreasstraße“ erklären mußten. Sie wären sonst für ein Konzept vereinnahmt worden, das das Thema Haft und politische Justiz marginalisiert, das die Aufbauleistung der Zeitzeugen an der Gedenkstätte in Erfurt ignoriert und ihnen auch in Zukunft keine Mitbestimmung zubilligt.

Wir halten es für einen Skandal und eine ethische Verirrung, daß die Regierung des Freistaates Thüringen annimmt, eine glaubwürdige Gedenkstätte gegen die Opfer des Ortes aufbauen zu können. Es ist uns unverständlich, warum nicht die bisherigen Träger der Gedenkstättenarbeit ihre erfolgreiche Tätigkeit fortsetzen dürfen. Wir fordern, daß die Thüringer Haftopferverbände in der Konzeption und Führung der späteren Gedenkstätte eine leitende Position einnehmen. Wir erklären uns mit unseren Kameraden in Erfurt solidarisch!

Wir erneuern das Angebot an die Landesregierung Thüringen, für eine Vermittlung in dem Konflikt bereitzustehen.

## „War die DDR ein Unrechtsstaat? Diskursive Forschung versus ostalgische Verklärung“

Halle-Forum 2011 am 23. und 24. September

Vor einem Jahr fiel das Halle-Forum 2010 aus. Die Veranstaltung wurde im Heft Nr. 5/2010 im „Stacheldraht“ angekündigt. Es ist vorgesehen, die Thematik im Herbst 2011 erneut aufzugreifen.

Zum Rechtsstaatsbegriff aus ideengeschichtlicher Sicht spricht am 23.09.2011 in einem einleitenden Referat der Berliner Jurist Dr. Thomas Claer im MARITIM Hotel Halle.

Am 24.09.2011 referiert der bekannte Experte für politisches Strafrecht – selbst vom MfS in die DDR verschleppt und dort inhaftiert – Dr. Karl Wilhelm Fricke zum Problembereich des Systemunrechtes in der DDR. Dem Thema der politischen Willkür als Simulation von Rechtsstaat widmet sich der langjährige Mitarbeiter am gesamtdeutschen Institut, Bernd Lippmann aus Berlin. Das Schweigen der Opfer hinterfragt Dr. Stefan Trobisch-Lütge von der Berliner Beratungsstelle „Gegenwind“ für politisch Traumatisierte der SED-Diktatur. Das abschließende Referat am 24.09.2011 nach dem Mittagimbiss hält Oberstaatsanwalt Bernhard Jahntz (Berlin) zum Thema: Die Ahndung politisch motivierter Straftaten in der DDR

nach dem deutsch-deutschen Einigungsvertrag 1990.

Zudem wurde für den Eröffnungstag am 24.09.2011 im Hotel MARITIM Staatsminister und Chef der Staatskanzlei des Landes Sachsen-Anhalt, Rainer Robra angefragt. Johannes Rink (VOS) reflektiert zum Thema des Halle-Forums aus Sicht der Opferverbände. Über die Befragung von 100 ehemaligen Häftlingen im „Roten Ochsen“ berichtet Justus Vesting, der gemeinsam mit Edda Ahrberg über einen Zeitraum von zwei Jahren zahlreiche Interviews durchgeführt hat. Ab 19.00 Uhr läuft der Film: „Gesicht zur Wand“ über das Haftschicksal von Melanie Kollatzsch, die vor Gründung der DDR von den Sowjets verhaftet und verurteilt und nach dem Bau der Berliner Mauer aus dem Strafvollzug des DDR-Innenministeriums in die DDR entlassen wurde. Melanie Kollatzsch spricht im Anschluß an die Filmpräsentation als Zeiteugin.

Anmeldungen bitte bis zum **19. August 2011** an den Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR in Sachsen-Anhalt, 39112 Magdeburg, Frau Rygiel, Tel.: 0391-567 5054. Das Halle-Forum ist als Lehrerfortbildung anerkannt. Es wird eine Teilnahmegebühr erhoben: 25,00 Euro (mit Übernachtung); 10,00 Euro (ohne Übernachtung); 5,00 Euro (Tagesgäste). Freitag, 23.09.2011, Beginn: 15.30 Uhr im Hotel MARITIM; Sonnabend, 24.09.2011, Beginn: 9.30 Uhr in der Gedenkstätte ROTER OCHSE Halle (Saale).

Christoph Koch  
stellv. Landesbeauftragter für die  
Unterlagen des Staatssicherheits-  
dienstes der ehemaligen DDR  
in Sachsen-Anhalt

### BSV

Der einzig im Bund der Stalinistisch Verfolgten in Deutschland e.V. (BSV) verbliebene Landesverband, Berlin-Brandenburg, ruft alle BSV-Mitglieder auf, die im Rahmen der Schließung der anderen Landesverbände nicht aus dem BSV ausgetreten sind, sich wegen eventuell anstehender Neuwahlen möglichst schrift-

lich unter folgender Adresse zu melden: BSV Landesverband Berlin-Brandenburg, Ruschestr. 103, Haus 1, 10365 Berlin; u.U. auch unter Tel. (030) 55 49 63 34. (Laut am 7.4.2011 beim Landgericht Leipzig verkündetem Urteil sind die auf der Mitgliederversammlung des BSV am 9.5.2009 in Magdeburg gefaßten Beschlüsse, besonders zur Schließung des BSV e.V., nichtig.)

Vorstand des  
BSV-LV Berlin-Brandenburg

### Früher Widerstand

Warum ist der frühe Widerstand gegen das kommunistische System in der SBZ/DDR, der aus den vierziger und fünfziger Jahren, so in Vergessenheit geraten? Obwohl doch seine Trägerinnen und Träger den brutalsten Repressionen unterlagen. Diese Frage steht im Mittelpunkt der Projekttagung der Lagergemeinschaft Wokuta/GULag Sowjetunion, der Frauen und Männer also, die nach ihrer Verurteilung durch Sowjetische Militärtribunale in die Strafregionen der Sowjetunion verschleppt worden waren. Sie findet vom 4. bis zum 7. Juni in Halle/Saale statt. Unter anderem wird dort Dr. Karl Wilhelm Fricke sprechen, der sich um die Aufarbeitung der Schicksale politischer Häftlinge große Verdienste erwarb.

Die Mitglieder der Lagergemeinschaft sind zumeist im Spätherbst ihres Lebens angelangt. Und noch immer versuchen sie, die Öffentlichkeit dafür zu interessieren, wie eine Diktatur mit politischen Gegnern umgeht. So ist erst vor wenigen Wochen ein Buch des im 88. Lebensjahr stehenden Günther Kowalczyk erschienen, der bei der Rückführung aus der Sowjetunion 1956 zur Gruppe der Nicht-amnestierten zählte – warum, das weiß er – wie die meisten anderen auch – bis heute nicht. Viele andere bemühen sich, vor allem in Schulen, jungen Menschen ihre Erfahrungen zu vermitteln. Oder sie stehen in Verbindung mit russischen Behörden, um Einsicht in die Archive des früheren sowjetischen Geheimdienstes zu bekommen. Dabei hat sich vor allem Dr. Horst Hennig, Generalarzt a.D. der Bundeswehr, verdient gemacht, wie auch bei der Herausgabe mehrerer Bücher. Wenige Tage vor dem Treffen der Lagergemeinschaft wird er 85 Jahre alt. Karl Wilhelm Fricke über Horst Hennig: „Wer sein Leben überschaut, kann ihm hohen Respekt nicht versagen.“ Sehr viele sind es nicht mehr, die den frühen Widerstand gegen die kommuni-

### Suchanzeigen

#### Cottbuser Zeitzeugen

Seit Herbst 2009 arbeitet mein Team ehrenamtlich die Zuchthausgeschichte von Cottbus auf. Seit 2006 schon kamen viele wichtige Hinweise von Zeitzeugen. Dafür unser Dank an alle, die mitgewirkt haben! Einiges konnte im Buch „Das Zuchthaus Cottbus“ veröffentlicht werden, das bereits in 2. Auflage erschienen ist. Wir sind weiterhin auf Ihre Hilfe angewiesen. Wer kann uns über Todesfälle, Fluchten, Unfälle und andere besondere Ereignisse aus der StVA und StVE Cottbus berichten? Jeder Tip kann wertvoll sein. Bitte melden Sie sich bei Dr. Tomas Kittan unter tomas.kittan@bz-berlin.de. Vielen Dank.

#### Gescheiterte Fluchten

Für eine Doktorarbeit in Geschichte suche ich Zeitzeugen, deren Republikflucht über die Transitstrecken (Autobahn, Transitzüge) oder über organisierten Tourismus in westliche Staaten oder über Fluchthelfer gescheitert ist. Thüringen steht dabei im Mittelpunkt der Betrachtung. Solche Fallbeispiele veranschaulichen am besten die Kontroll- und Überwachungspraxis des MfS. Kontakt über (01 74) 736 95 21. Torsten Schopf

stische Herrschaft in einem Teil Deutschlands getragen haben. Wem demokratische Freiheit und Rechtsstaatlichkeit am Herzen liegen, der sollte auf sie hören.

Horst Schüler

## Ketschendorf

Die 22. Gedenkveranstaltung für das Internierungslager Ketschendorf/Speziallager 5 findet am **14. Mai 2011** statt und beginnt um 11 Uhr wie gewohnt mit einem Ökumenischen Gottesdienst in der Martin-Luther-Kirche Fürstenwalde-Süd, Schillerstraße. Anders als sonst findet im Anschluß das alljährliche Gedenken an die Lageropfer in der Kirche statt. Die Gedenkrede hält Prof. Dr. Sabine Kunst, Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg. Gegen 13.15 Uhr erfolgt in der Lager-Gedenkstätte das feierliche Niederlegen von Blumengebinden. Ca. 15 Uhr treffen wir uns zur Mitgliederversammlung des Jahres 2011 im Hotel Kaiserhof, Friedrich-Engels-Str. 1A, 15517 Fürstenwalde. Am Vortag, dem **13. Mai**, wird auf dem Waldfriedhof Halbe um 14 Uhr der Toten des Lagers gedacht. Fahrgelegenheit dazu um 13 Uhr ab Kaiserhof mit einem Sonderbus.

Günter Breschke  
Vorstandsmitglied

## Niedersächsische Beratungstage

(kn)Auf Initiative des VPVDK bietet das Niedersächsische Ministerium für Inneres und Sport unter Einbeziehung von Vertretern niedersächsischer Opferverbände folgende Beratungstage für Opfer des SBZ/DDR-Regimes an:

**10. Mai (Di)**, 9.30-16.00 Uhr – Hannover, im Neuen Rathaus, Pressezentrum, Trammplatz 2, Tel. (05 11) 168-410 90, -414 14

**11. Mai (Mi)**, 9.30-16.00 Uhr – Braunschweig, in der Regierungsvertretung, Bohlweg 38, 1. OG, Raum 101, Tel. (05 31) 484-10 03, -10 24

**17. Mai (Di)**, 10.00-16.00 Uhr – Oldenburg, Rathaus der Stadt Oldenburg, Pferdemarkt 14, Zi. 355/356, Tel. (04 41) 235-37 81, -38 85, -38 86

**31. Mai (Di)**, 10.00-16.00 Uhr – Lüneburg, beim Landkreis Lüneburg, Auf dem Michaeliskloster 4, Gebäude 1, Eingang A, Fraktionszimmer, Tel. (041 31) 26-14 29, -10 00

## Podiumsdiskussion

(cs)Am 28. Juni 2011 veranstaltet die UOKG eine Podiumsdiskussion zum Thema „Psychiatrie in der DDR“ im Besucherzentrum der Gedenkstätte Berliner Mauer. Teilnehmer sind u.a. Dr. Dietrich Koch, als politischer Häftling der DDR in die Psychiatrie eingewiesen, und der Psychologe Dr. Stefan Trobisch-Lütge.

## VOS

Liebe Kameradinnen und Kameraden, traditionell wollen wir anlässlich des Jahrestages des Volksaufstandes von 1953 der Opfer kommunistischer Gewaltherrschaft gedenken. Wir laden Euch herzlich zu unserer Gedenkveranstaltung in Chemnitz ein: Freitag, **17. Juni 2011**, 11.00 Uhr, Parkanlage, gegenüber dem Landgericht, Hohe Straße 23.

Im Vorfeld der Veranstaltung versuchen wir wieder eine Besichtigung der ehemaligen U-Haftanstalt auf dem Kaßberg zu organisieren. Bei Interesse bitten wir um Rückmeldung bis zum 25. Mai 2011, zu richten an: VOS-Chemnitz (Bürgerhaus), Müllerstr. 12, 09113 Chemnitz, od. telefonisch unter (03 72 09) 804 81.

Vorstand der VOS-Bezirksgruppe  
Chemnitz

## VPVDK

(vpvdk)Der Verband politisch Verfolgter des Kommunismus e.V. (VPVDK) lädt anlässlich des 50. Jahrestages des Mauerbaus ein zu der Gedenkveranstaltung „Mauer und Stacheldraht“ am **4. Juni 2011** in Salzgitter Lichtenberg. Das Programm beginnt um 11.00 Uhr mit einer Totenehrung an der Burgberg-Gedenkstätte und wird im Burgberg-Hotel fortgesetzt, u.a. mit einer Festrede von Ulrich Schacht, dem Dokumentarfilm „Die Grenze durch Deutschland“ von Roland Grafe und anschließendem Gespräch. Die Gospel-Singer sorgen für den musikalischen Rahmen, es werden Mittagessen sowie Kaffee und Kuchen angeboten. Die Veranstaltung endet ca. 18.00 Uhr.

## Inter-Asso

(eos)Die Internationale Assoziation ehemaliger politischer Gefangener und Opfer des Kommunismus führt ihren XIX.

Kongreß vom **14. bis 18. Juni 2011** in Berlin durch. Kulturstaatsminister Bernd Neumann hat die Schirmherrschaft übernommen.

Nach der Eröffnung am 15. Juni führt eine Exkursion mit dem Thema „Rekonstruktion zerrissener Akten“ zum Fraunhofer-Institut. Der Kongreß wird fortgesetzt mit dem Referat „Werden Zivilcourage und widerständiges Verhalten in den heutigen postkommunistischen Staaten ausreichend gewürdigt?“. Am Abend wird in einer öffentlichen Veranstaltung des 17. Juni 1953 gedacht.

Beratungen des Kongresses am 16. Juni folgen die Besichtigung der Gedenkstätte Berliner Mauer in der Bernauer Straße, eine Andacht in der Kapelle der Versöhnung sowie Besichtigung und Gespräche in der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen.

Am 17. Juni nehmen die Kongreß-Gäste an der offiziellen Feierstunde im Deutschen Bundestag zum 17. Juni 1953 teil und an der offiziellen Kranzniederlegung der Bundesregierung.

Die meisten Veranstaltungen sind öffentlich. Rückfragen unter [info@uokg.de](mailto:info@uokg.de) oder [eoschoe@t-online.de](mailto:eoschoe@t-online.de).

## Juristische Aufarbeitung

„Der Stand der juristischen Aufarbeitung des DDR-Unrechts“ heißt eine von der UOKG herausgegebene Publikation mit Beiträgen von Christoph Schaeffgen, Generalstaatsanwalt a.D., ehemaliger Leiter der Staatsanwaltschaft II in Berlin, die für DDR-Regierungskriminalität, DDR-Justizunrecht und vereinigungsbedingte Wirtschaftskriminalität zuständig war, sowie von Dr. Hans-Jürgen Grasmann, Oberstaatsanwalt und früher stellvertretender Leiter und Sprecher der Zentralen Erfassungsstelle Salzgitter.

Die Publikation kann kostenlos über die UOKG-Geschäftsstelle bezogen werden: UOKG, Ruschestr. 103, Haus 1, 10365 Berlin, E-Mail [schulze@uokg.de](mailto:schulze@uokg.de), Fax (030) 55 77 93 40 Carola Schulze

## Vormerken

Die Arbeitsgemeinschaft Lager Sachsenhausen 1945-1950 e.V. gibt bekannt, daß ihre Jahreshauptversammlung am Sonnabend, dem **30. Juli 2011**, und ihre Gedenkveranstaltung am Sonntag, dem **31. Juli 2011**, stattfinden.

## ... doch was ist wirklich die Wahrheit?

Als 1986 in einem Mainzer Verlag das Buch „Im Zentrum der Spionage“ erschien, fungierte als Autor ein Werner Stiller, der als BND-Agent innerhalb des MfS in den Westen übergelaufen war. Sämtliche (darunter viele selbsternannte) westliche „Stasi-Experten“ glaubten das Geschriebene. Nur eine Schweizer Zeitung zweifelte, denn die Informationen Stillers waren zu umfassend, als daß er



sie angesichts der strengen Abschottung im MfS alle hätte haben können. Die Zeitung nahm an, Pullach sei der wahre Verfasser, und das Buch werde zumeist an Stasi-Angehörige verschickt mit dem Ziel, sie zu verunsichern. Heute weiß man aus MfS-Akten, daß dies tatsächlich erreicht worden ist.

Unlängst hat Stiller nun ein eigenes Buch verfaßt mit dem überdeutlichen Hinweis, er könne jetzt erzählen, „wie es wirklich war“. Ob dies tatsächlich die Wahrheit ist, läßt sich allerdings nicht immer überprüfen, zumal der oft recht selbstbewußte Autor etliches aus einer egozentrischen Sicht beurteilt. Und sollte die übliche Schweigeverpflichtung des BND für ihn völlig aufgehoben sein? Richtig ist gewiß: er hatte die Widersprüche zwischen DDR-Propaganda und Realität früh erkannt. Nach seinen eigenen Worten trieben ihn primär Abenteuerlust und ebenfalls wohl eine gewisse Sehnsucht nach der westlichen Welt dazu, Kontakt mit dem BND aufzunehmen. Sein Mut, seine Kaltblütigkeit sollten dabei nicht übersehen

werden. Ohne Zweifel ist seine Darstellung interessant, der Leser aber hätte bestimmt gern mehr über den Alltag, das gesamte Innenleben des Stasi-Apparates erfahren. Vieles wiederum ist längst bekannt. Ausführlich schildert der Autor seinen Übertritt nach West-Berlin, und er übertreibt nicht mit dem Hinweis, durch seine Aussagen und mitgebrachten Unterlagen hätte das MfS 56 Agenten – mit Kurieren und Kontaktpersonen sogar 70 Leute – verloren, sei es, weil diese in der Bundesrepublik verhaftet wurden oder in letzter Minute in die DDR flohen (wo sie meist ganz schnell über den „Sozialismus“ dort desillusioniert wurden). Nach seiner Flucht war es für das MfS weitaus schwerer, neue Spione im Westen anzuwerben, mußten diese doch ein gleiches Schicksal befürchten. Innerhalb der Stasi breitete sich „der Bazillus der gegenseitigen Verdächtigung und ständiger Überwachung“ aus. Hatte der Geflohene doch eine DDR-Bilderbuchkarriere durchlaufen: Arbeiterkind, SED-Mitglied, Studium, IM und dann hauptberuflich Tschekist mit einigen Erfolgen – der nunmehr mit vielen Geheimdokumenten zum verhaßten Klassenfeind übergelaufen war. Heute lebt Stiller unter dem Namen „Peter Fischer“ als Geschäftsmann in Budapest – angeblich...

Das Buch „Konterspionage“ ist interessant höchstens insofern, als es einen Einblick in das fortgesetzte politische Denken zweier einstiger HVA-Obersten vermittelt. Danach war ihre Spionage ein „legitimes Recht auf Selbstverteidigung“ und ebenso „friedenssichernd“ (die Pläne des Sowjetblocks zur „Befreiung“ West-Deutschlands werden erwartungsgemäß – wie so vieles – verschwiegen). Die Autoren beherrschten ihre Spionage angeblich „meisterhaft“, konnten sie doch „die Mehrheit der westlichen Agenten“ enttarnen – in anderen Büchern einstiger MfS-Führer waren es sogar „sämtliche“ gewesen -, und die restlichen sollen Doppelagenten gewesen sein. Leider bleibt dabei die Frage, weshalb das MfS bis zum Sommer 1989 wiederholt vor der zunehmenden Tätigkeit des BND warnen mußte, unbeantwortet. DDR-Spione arbeiteten angeblich stets aus politischer Überzeugung; und wenn es nur primitive Geldgier war, so wird ihr Motiv im Buch umgemünzt in eine „falsche BRD-Sozialpolitik, welche die Menschen ins gesellschaftliche Abseits rückte“. Hatte Ost-Berlin jahrzehntelang vehement geleugnet, daß der einstige stellvertretende Ministerpräsident der DDR, Hermann Kastner, jahrelang ein Mann des BND

war, so wird dies erstmals zugegeben. Die Klagen, nach 1989 seien die HVA-Spione einer „rechtswidrigen massiven Strafverfolgung“ ausgesetzt worden, dürfen natürlich nicht fehlen. Doch wie es überhaupt zum Ende der DDR kommen konnte und warum die Autoren ihren feierlichen Eid, bis zum letzten Blutstropfen für die DDR zu kämpfen, brachen, wird in diesem Buch völlig übergangen.

Friedrich-Wilhelm Schломann

.....  
Werner Stiller: *Der Agent*, Ch. Links Verlag, Berlin 2010, 252 S., 19,90 €

Klaus Eichner/Gotthold Schramm: *Konterspionage, edition ost*, Berlin 2010, 288 S., 14,95 €

## Von Vertreibung zu Versöhnung

Das vorliegende Buch ist die Dokumentation einer Tagung, die vom Frauenverband des Bundes der Vertriebenen 2010 unter Leitung der Präsidentin Sibylle Dreher veranstaltet wurde. In neun Beiträgen deutscher und polnischer Autoren werden aus unterschiedlichen Blickwinkeln die Folgen der großen Flucht- und Vertreibungswellen während des Zweiten Weltkrieges und danach beschrieben. Wie immer bei Schilderungen dieser Jahre bleibt nach dem Lesen eine tiefe Erschütterung, die aber in das Wort „Versöhnung“ mündet. Diese Versöhnung, die schon sehr früh von großen Teilen der Vertriebenen gesucht wurde, ist eine Leistung, die angesichts des großen Leids besonders hochzuschätzen ist. Das Buch kann kostenlos bezogen werden, allerdings wird um eine Spende gebeten. A.O.

.....  
Sibylle Dreher, Joachim Süß(Hg.): *Vertreibung, Verständigung, Versöhnung*, Gerhard Hess Verlag, Bad Schussenried 2011, 166 S., Bezug über: Frauenverband im BdV, Sibylle Dreher, Tel. (030) 76 67 82 03, E-Mail dreher@Frauenverband-bdv.de

## Das Zitat

Aufrichtigkeit als Prinzip?  
Hier gilt – ob im Ehebett, im Parlament oder im Zeitungskommentar: Brutale Ehrlichkeit ist oft eine durch Ehrlichkeit getarnte Brutalität.

Constantin Seibt

## Veranstaltungen

10.5. (Di), 19.00 Uhr:  
**„Fahnenflucht zur See“** – Die Volksmarine im Visier der Staatssicherheit. Lesung u. Gespräch mit Dr. Ingo Pfeifer; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Rostock; Ort: Volkshochschule Stralsund, Friedrich-Engels-Str. 28, 18437 Stralsund

10.5. (Di), 19.30 Uhr:  
**Widerspruch und Widerstand im Nordosten.** Vortrag u. Gespräch mit Dr. Christian Halbrock, BStU; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Schwerin u.a.; Ort: Schleswig-Holstein-Haus, Kulturforum Schwerin, Puschkinstr. 12, 19055 Schwerin

11.5. (Mi), 19.30 Uhr:  
**Staatssicherheit in Gera.** Gründung, Auftrag und Arbeit der Staatssicherheit und ihrer IMs. Ref. Dr. Helmut Müller-Enbergs, BStU; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Gera u.a.; Ort: Stadt- und Regionalbibliothek Gera, Puschkinplatz 7, 07545 Gera

12.5. (Do), 18.00 Uhr:  
**„Tschernobyl wirkt überall“** – Die Reaktorkatastrophe, die Staatssicherheit und die DDR-Umweltbewegung. Podiumsdiskussion zum 25. Jahrestag der Umweltkatastrophe; Veranstaltung d. Gedenkstätte Lindenstraße 54/55 u.a.; Ort: Gedenkstätte Lindenstraße, Lindenstr. 54/55, 14467 Potsdam

14.5. (Sa), 18.00-01.00 Uhr:  
**Halt! Zonengrenze.** Chemnitzer Museumsnacht. Veranstaltung d. BStU Außenstelle Chemnitz; Ort: Außenstelle, Jagdschänkenstr. 52, 09117 Chemnitz

14.5. (Sa), 18.00-24.00 Uhr:  
**Lange Nacht der Museen in Bautzen.** Rundgänge und Filmvorführung; Veranstaltung d. Gedenkstätte Bautzen; Ort: Gedenkstätte, Weigangstr. 8a, 02625 Bautzen

15.5. (So), 10.00-16.00 Uhr:  
**Internationaler Museumstag** „Museen, unser Gedächtnis!“; 10.00-16.00 Uhr: Ausstellungen, Vorführung v. Originalschallplatten, Antragstellung u. Beratung; 11.00-14.00 Uhr: Führungen im Archivbereich; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Dresden u.a.; Ort: Außenstelle, Riesaer Str. 7, Seiteneingang C, 01129 Dresden

15.5. (So), 10.00-18.00 Uhr: **„Museen, unser Gedächtnis!“** Internationaler Museumstag, mit Dokumentarfilmen über Mauerbau und Fluchtversuche; Veranstaltung d. Gedenkstätte Bautzen; Ort: Gedenkstätte, Weigangstr. 8a, 02625 Bautzen

15.5. (So), 11.00 Uhr:  
**Wasser und Grenzgeschichten im geteilten Berlin.** Schiffstour ab Treptower Hafen, Puschkinallee 15, 12435 Berlin, ca. 2,5 Stunden; Mod. Dr. Axel Klausmeier, Stiftung Berliner Mauer; Tickets unter [www.sternundkreis.de](http://www.sternundkreis.de) od. Tel. (030) 536 36 00; Veranstaltung d. Gedenkstätte Berliner Mauer u.a.

17.5. (Di), 19.00 Uhr:  
**„Belogen, betrogen, umerzogen“.** Buch-Dokumentation, präsentiert von

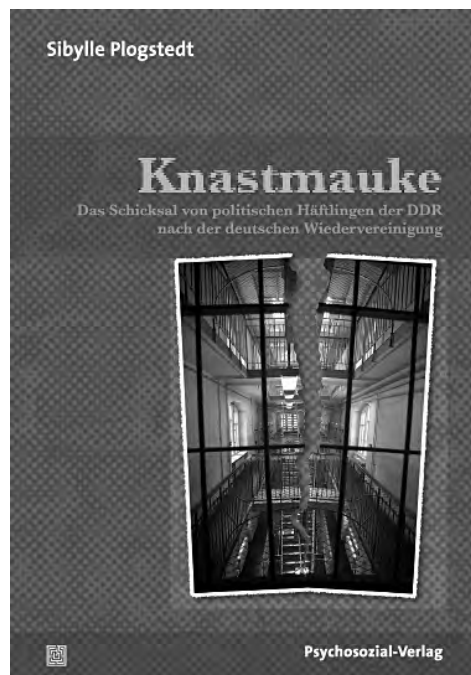
## „Knastmauke“

„Die Welt ist nicht sicher, sie wird auch nie mehr sicher sein.“ So kennzeichnet die Psychotherapeutin Ruth Ebbinghaus den Verlust des Urvertrauens fast aller ehemaligen politischen Häftlinge der DDR. Es ist nur eine von vielen Beeinträchtigungen, die Sibylle Plogstedt in ihrem Buch über das Schicksal politischer Häftlinge der SBZ und DDR nach der deutschen Wiedervereinigung untersucht. Die Autorin, von 1969 bis 1971 aus po-

einem aufwendigen Fragebogen erhebenen, sozialen und gesundheitlichen Daten von ca. 800 ehemaligen Häftlingen ausgewertet. Laien sollten sich durch die statistischen Tabellen nicht abschrecken lassen, denn die Ergebnisse werden in leichtverständlichen Texten zusammengefaßt.

Die Zahlen sprechen für sich. Zu den chronischen Gesundheitsstörungen kommt bei ca. 50% der männlichen und ca. 57% der weiblichen Häftlinge hinzu, daß sie we-

niger als 1000 Euro im Monat verdienen. Auch die Anzahl der unter der Sozialhilfegrenze Lebenden ist überproportional. Man kann davon ausgehen, daß die Befunde von der Realität noch übertroffen werden. Nur 8,44% aller verschickten Fragebögen kamen ausgefüllt zurück. Die Teilnehmer der Studie mußten bereit sein, sich den Erinnerungen an die Haft und deren Folgen erneut auszusetzen. Das aber ist vielen der besonders stark Geschädigten gar nicht möglich, weil sie jede Art sozialer Kommunikation zu vermeiden suchen und eine Steigerung ihrer Leiden ins Unerträgliche fürchten. Neben der Zusammenstellung und Analyse aussagekräftigen Materials ist es ein besonderes



Verdienst der Autorin, die bisher in wissenschaftlichen Arbeiten meist zu kurz gekommenen weiblichen Häftlinge und die Angehörigen bzw. die familiäre Situation mit in den Blick genommen zu haben.

Das Werk basiert auf einer Studie Sibylle Plogstedts an der Universität Duisburg-Essen und gliedert sich in drei Teile. Zunächst kommen Expertinnen aus der Praxis zu Wort. Resümee: Neben überwiegend guten Erfahrungen bei der Rehabilitation werden haftbedingte Gesundheitsschäden nach wie vor unverhältnismäßig selten anerkannt, zu gering eingestuft und die Betroffenen durch inkompetente Begutachter erneut geschädigt. Es folgen die Selbstauskünfte von 21 ehemaligen Häftlingen. Allein schon dieser Berichte wegen lohnt es, das Buch zu lesen. Die Zeiten der Inhaftierung reichen von den späten Vierzigern bis zum Jahr 1989, Frauen und Männer verschiedener sozialer Schichten und vor allem mit unterschiedlichsten Motiven der Auflehnung gegen das Zwangsregime erzählen von ihrem Schicksal und der Situation nach der Haft. Schließlich werden die, mit

Verdienst der Autorin, die bisher in wissenschaftlichen Arbeiten meist zu kurz gekommenen weiblichen Häftlinge und die Angehörigen bzw. die familiäre Situation mit in den Blick genommen zu haben.

Die Auswertung ergibt, daß keine Gruppe der ehemaligen politischen Gefangenen von physischen, psychischen und sozialen Schäden verschont geblieben ist. Um so unverständlicher, weshalb es ihnen, die für die deutsche Einheit gekämpft haben, heute auch materiell besonders schlecht geht. Indem die Untersuchung klare Zusammenhänge zwischen haftbedingtem Trauma und sozialer Situation nachweist, ist sie ein wichtiger Beitrag, um Bewegung in den Prozeß politischer und gesellschaftlicher Anerkennung der ehemaligen Verfolgten zu bringen.

Gertrud Röder

.....  
 Sibylle Plogstedt: *Knastmauke. Das Schicksal von politischen Häftlingen der DDR nach der deutschen Wiedervereinigung*, Psychosozial-Verlag, Gießen 2010, 472 S., 32,90 €  
 .....

## „Alleslüge“

Gerd Manfred Ahrenholz, Autor der seeben erschienen VERS-Publikation, wurde im Juni 1948 als Student der Universität Rostock verhaftet und von einem Sowjetischen Militärtribunal zu 25 Jahren Zwangsarbeitslager verurteilt. Bereits in der 1962 vom Verband deutscher Studentenschaften (VDS) veröffentlichten Liste in der SBZ/DDR verhafteter Professoren und Studenten findet man seinen Namen. Näheres ist jedoch niemals bekannt geworden.

Ahrenholz war ein absolut unschuldig Opfer stalinistischer Willkür. In seinem Bericht schreibt er, wie er bei den Vernehmungen die Protokolle, statt mit seinem Namen zu unterschreiben, mit dem Wort „Alleslüge“ in Sütterlinschrift unterzeichnet hat, was wahrscheinlich niemand entziffern konnte. So entstand der Titel seines ausführlichen Berichts über die ersten Nachkriegsjahre und aus mehr als sieben Jahren GULag.

In dieser Detailbeschreibung und der zurückhaltenden Sprache ist die gesamte Schilderung wohl einmalig. Ahrenholz liefert ebenfalls ein Zeugnis für das Lebensgefühl in den ersten Nachkriegsjahren, wie besonders junge Menschen einen Neuanfang suchten und dann durch Zufall, ohne eigene Schuld, in die Mühlen einer vom Unrecht geprägten Justiz gerieten. All das droht heute aus dem Bewußtsein zu verschwinden. Hier kann das Buch eine wichtige Aufgabe in der politischen Bildung erfüllen. Wer diesen Zeitzeugenbericht gelesen hat, wird sich nicht mehr auf den Weg machen, um einen neuen Weg zum Kommunismus zu suchen.

Peter Moeller

.....  
 Gerd Manfred Ahrenholz: „Alleslüge“ – Leben und Überleben in Krieg und Gulag 1939 – 1956, Eigenverlag Verband Ehemaliger Rostocker Studenten (VERS), Dannenberg 2011, 135 S., broschiert, Unkostenbeitrag 5,- € plus 2,- € Versandkosten; Bezugsanschrift: Universität Rostock, Historisches Institut, Dokumentationszentrum, Anne-Dore Neumann, August-Bebel-Str. 28, 18051 Rostock, Tel. (03 81) 498-27 19, Fax (03 81) 498-27 33, E-Mail anne-dore.neumann@uni-rostock.de  
 .....

## Pentacon – die verdrängte Vergangenheit

„Der VEB Pentacon Dresden“ heißt ein großer Bildband (300 Fotos), dessen Texte Dr. Gerhard Jehmlich, über viele Jahre Leiter der Forschung und Entwicklung des volkseigenen Betriebes, verfaßt hat. Insider Jehmlich erzählt die Geschichte der Dresdner Kamera- und Kinoindustrie nach 1945. Herausgekommen ist vor allem ein technisches Buch, in dem die Menschen der bekannten Firma kaum eine Rolle spielen. Abgesehen davon, daß es vier Seiten bedurfte, die vielen Fehler nach dem Erscheinen zu korrigieren, ist vor allem ein Faktum kritikwürdig. In nicht einmal zwei Spalten des 263 Seiten umfassenden Buches wird das dunkelste Kapitel der Firma abgehandelt.

Wenn viele der Tausenden ehemaligen politischen Häftlinge des Zuchthauses Cottbus das Wort „Pentacon“ hören, platzt ihnen der Kragen. Die StVA/StVE Cottbus war eine der Außenstellen des Dresdner Werks. Hier mußten die Häftlinge stupide Zwangsarbeit leisten, Kameragehäuse stanzen, bohren, feilen, entgraten. Primitive Arbeiten für Hochschulabsolventen, Doktoren und sogar Professoren. Das war eine gezielte Bestrafung und Demütigung für die (vor allem) gescheiterten Republikflüchtlinge. Nur zu einem Satz hat sich Jehmlich durchgerungen: „Im Betrieb [Pentacon in Dresden – T.K.] war bekannt, daß hierfür aus politischen Gründen Inhaftierte zunehmend eingesetzt waren.“ Kein Wort des Bedauern oder der Entschuldigung. Im Gegenteil, Jehmlich verweist auf das Ministerium des Innern. Selber trage man keinerlei Verantwortung. Dann beklagt Jehmlich sogar, daß es durch Amnestie und andere Entlassungen zu erheblichen Produktionsproblemen kam. Auch entstanden laut Jehmlich durch immer neu anzulernende Arbeitskräfte häufiger Schäden an den Werkzeugen. Es verwundert, daß Opferverbände noch nicht beim Verlag protestiert und eine Korrektur der Darstellung eingefordert haben.

Tomas Kittan

.....  
 Gerhard Jehmlich: Der VEB Pentacon Dresden, Sandstein Kommunikation, Dresden 2009, 263 S., 29,90 €  
 .....

**Umzug?** Dann vergessen Sie bitte nicht, an die Redaktion DER STACHELDRAHT, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin, Ihre neue Adresse zu schicken. So lassen sich Lieferausfälle vermeiden.

## Veranstaltungen

Autor Peter Hartl; Veranstaltung d. Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus/Stalinismus; Ort: Gedenkbibliothek, Nikolaikirchplatz 5-7, 10178 Berlin

17.5. (Di), 19.00 Uhr:

„**Workuta – Zur Geschichte eines sowjetischen Lagers**“. Ausstellungseröffnung d. BStU Außenstelle Rostock; Ort: Dokumentations- u. Gedenkstätte d. BStU in der ehemaligen Stasi-U-Haft Rostock, Zugang über Augustenstr./Grüner Weg, 18055 Rostock

19.5. (Do), 19.00 Uhr:

**Das Gewandhausorchester zu Leipzig** zwischen musikalischen Erfolgen und Beeinflussung durch Staatssicherheit und SED. Vortrag u. Gespräch mit Jonathan Yaeger, Musikwissenschaftler, Indiana University; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Leipzig u.a.; Ort: Außenstelle, Dittrichring 24, 04109 Leipzig

22.5. (So), 14.00 Uhr:

**Mauerradtour** „Die Mauer in der Potsdamer Parklandschaft“. Treffpunkt S-Bahnhof Griebnitzsee, Ausg. Bahnhofshalle, Fahrräder sind mitzubringen, 5,- € pro Person, Schüler frei, Voranmeldung unter Tel. (030) 467 98 66 66; Veranstaltung der Gedenkstätte Berliner Mauer

22.5. (So), 15.00 Uhr:

**Sonderführung** „Tunnelflüchten in der Bernauer Straße“. Führung mit Zeitzeugen u. anschl. Filmvorführung „Heldentod“; 3,- € pro Person, Schüler frei; Veranstaltung d. Gedenkstätte Berliner Mauer; Treffpunkt Besucherzentrum, Bernauer Str. 119, 13355 Berlin

24.5. (Di), 19.00 Uhr:

„**Honecker kommt in den Himmel...**“ Politischer Witz und Staatsmacht in der DDR. Ref. Christoph Kleemann; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Gera u.a.; Ort: Stadtmuseum Saalfeld, Münzplatz 5, 07318 Saalfeld

25.5. (Mi), 18.00 Uhr:

**Stalin und der Genozid**. Mit Norman Naimark, Stanford University; Veranstaltung d. Bundesstiftung Aufarbeitung u.a.; Ort: Bundesstiftung, Kronenstr. 5, 10117 Berlin

25.5. (Mi), 19.00 Uhr:

**West-Berlin wird eine Insel**. Mit d. Historikern Prof.Dr. Michael Lemke, Potsdam, Dr. Frank Roggenbuch, Eggersdorf, Sven Schulze, Berlin; Veranstaltung des Berliner LStU u.a.; Ort: Vertretung d. Landes Brandenburg beim Bund, In den Ministergärten 3, Berlin-Mitte

26.5. (Do), 14.00-20.00 Uhr:

**Besuchertag**. Archivführungen, Bürgerberatung, 18.00 Uhr: Die Postkontrolle der Staatssicherheit. Aus der Sicht eines Zeitzeugen. Ref. Peter Hellström, Autor; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Dresden u.a.; Ort: Außenstelle, Riesaer Str. 7, Seiteneingang C, 01129 Dresden

26.5. (Do), 18.00 Uhr:

**Unerkannt durch Freundesland.** Illegale Reise durch das Sowjetreich. Buchpräsentation mit Dr. Frank Böttcher, Verleger, Berlin, u. Cornelia Clauss, Publizistin, Berlin; Veranstaltung d. OEZ Berlin u.a.; Ort: Berliner Rathaus, Eingang Jüdenstr., Raum 338, 10178 Berlin

29.5. (So), 10.00-17.00 Uhr:

**Tag der offenen Tür.** Mit Besichtigungen, Ausstellungen, Filmvorführungen u.a.; 11.00 Uhr: Traumschiffe des Sozialismus. Die DDR-Urlauberschiffe 1958-1990. Vortrag v. Dr. Andreas Stirn; 15.00 Uhr: Geheimpolizei zwischen Dock und Helling. Die Stasi und die Werften in der DDR. Vortrag u. Gespräch mit Dr. Volker Höffer, BStU; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Rostock; Ort: Außenstelle, Hohe Tannen 11, 18196 Waldeck/Dummersdorf

31.5. (Di), 19.00 Uhr:

**Auf der Suche nach dem wahren Marcel Reich-Ranicki.** Biographiekritischer Vortrag v. Dr. Gerhard Pnauk, WELT-Korrespondent in Polen; Veranstaltung d. Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus/Stalinismus; Ort: Gedenkbibliothek, Nikolai-kirchplatz 5-7, 10178 Berlin

6.6. (Mo) – 8.6. (Mi):

**Seminar „Kindheit und Jugend in der DDR“.** Veranstaltung der Konrad-Adenauer-Stiftung, Bildungszentrum Schloß Wendgräben; nähere Informationen unter <http://www.kas.de/wendgraeben/de/events/45640/>

7.6. (Di), 18.00 Uhr:

**Gewalt und Gemeinschaft.** Nationalsozialismus und Stalinismus – ein Vergleich. Mit Michael Wildt, Humboldt-Universität, Berlin; Veranstaltung d. Bundesstiftung Aufarbeitung u.a.; Ort: Bundesstiftung, Kronenstr. 5, 10117 Berlin

7.6. (Di), 19.00 Uhr:

**„Der Leserbriefschreiber“.** Privater Unmut, Staatssicherheit und die Tatwaffe „Erika“. Buchlesung mit Autor Dr. Manfred Scharer; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Suhl u.a.; Ort: Stadtbücherei Suhl, Bahnhofstr. 10, 98527 Suhl

7.6. (Di), 19.00 Uhr:

**„Feindlich negative Kräfte?“** Bausoldaten in der DDR. In Memoriam Bernd Eisenfeld. Podiumsdiskussion; Veranstaltung d. Bundesstiftung Aufarbeitung u.a.; Ort: Bildungszentrum BStU, Zimmerstr. 90/91, 10117 Berlin

8.6. (Mi), 19.30 Uhr:

**Die Staatssicherheit in Schwerin.** Vortrag u. Gespräch mit Dr. Helmut Müller-Enbergs, BStU; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Schwerin u.a.; Ort: Außenstelle, 19065 Görslow (bei Schwerin)

9.6. (Do), 20.00 Uhr:

**„Es geschah im August – Der Bau der Berliner Mauer“.** Film v. Ulrich Kasten u. Hans-Hermann Hertle (ZZF); Veranstaltung d. Gedenkstätte Lindenstraße 54/55 u.a.; Ort: Filmmuseum Potsdam, Breite Str. 1A/Marshall

## Sie existierte doch

(VT)Die in dieser Edition veröffentlichten Dokumente „Einschätzungen zur Lage in den Bezirken“, die die letzte DDR-Regierung regelmäßig aus den Bezirken des Landes erhielt, zeigen anschaulich, daß die DDR auch in ihren letzten Monaten noch tatsächlich existierte. Die Dokumente spiegeln den Alltag der Bürger wider, die mit bisher unbekanntem Problemen leben und kämpfen mußten. In den Berichten finden sich banale Schwierigkeiten genauso wie menschliche Tragödien.

*Tytus Jaskulowski(Hg.): Nachrichten aus einem Land, das doch existierte. Lageberichte aus den Bezirken für die letzte DDR-Regierung 1990, OEZ Berlin-Verlag, Berlin 2011, 312 S., 34,90 € – Leser des „stacheldraht“ erhalten bis zum 30.8.2011 30% Rabatt! – Bezug über E-Mail [vertrieb@osteuropa-zentrum.de](mailto:vertrieb@osteuropa-zentrum.de), Tel. (030) 993 93 16, Fax (030) 99 40 18 88*

## Alltag im Sowjet-Staat

(VT)Herbert und Elsbeth Weichmann veröffentlichten dieses Buch nach zwei mehrwöchigen Reisen durch einige Städte der stalinistischen Sowjetunion im Herbst 1930 und Frühjahr 1931. Der Band wurde 1931 in Berlin verlegt. Die lebendige Beschreibung des Alltags im „ersten Arbeiter- und Bauernstaat der Welt“, die Darstellung des wirtschaftlichen Unvermögens der Sowjetwirtschaft und der unmenschlichen Politik der stalinistischen Regierung machen das Buch auch heute noch lesenswert und geben einen Einblick in den alltäglichen Überlebenskampf der verelendeten Arbeiter und Bauern.

Die Autoren schreiben zusammenfassend: „Wir sind auch mit dem Eindruck zurückgekommen, daß wir unseren eigenen Zuständen ruhig etwas mehr Geduld und Liebe entgegenbringen können in der Erkenntnis, um wieviel freier und menschenwürdiger unser Dasein ist, als es unsere Vorstellung wahrhaben will. Die Rechtfertigung des russischen Systems bedeutet, auf eine einfache Formel gebracht, nichts anderes als das sehr alte, sehr bekannte und ebenso reaktionäre Bekenntnis: der Zweck heiligt die Mittel. Es ist ein Wahrspruch des Ungeistes und der Folter, der Freibrief für jede Hemmungslosigkeit, die sich den Mantel einer Idee umzuhängen versteht.“

Herbert u. Elsbeth Weichmann: *Alltag im Sowjet-Staat. Macht und Mensch, Wollen und Wirklichkeit in Sowjet-Rußland*, OEZ Berlin-Verlag, Berlin 2011, Neuauflage v. 1931, 158 S., 19,90 € – Leser des „stacheldraht“ erhalten bis zum 30.8.2011 30% Rabatt! – Bezug über E-Mail [vertrieb@osteuropa-zentrum.de](mailto:vertrieb@osteuropa-zentrum.de), Tel. (030) 993 93 16, Fax (030) 99 40 18 88

## Der BSV Berlin-Brandenburg gratuliert seinen Mitgliedern, die im Mai Geburtstag haben

Fritz Schubert am 2. Mai, Lydia Wiebeck-Swierczynski am 3. Mai, Reinhard Nedlitz am 4. Mai, Gisela Fritzsche am 6. Mai, Emil Kort am 10. Mai, Joachim Fischer, Hildegard Ratai am 12. Mai, Käthe Zemke am 14. Mai, Heinz Borkenhagen am 16. Mai, Bernd Gutermuth, Wolfgang Stieber, Leo Zwirschke am 22. Mai, Peter

### UOKG-Beratungsstelle

Postadresse: Ruschestr. 103, Haus 1, 10365 Berlin  
Besucheradresse: Frankfurter Allee 187, Haus 14, 10365 Berlin  
Fax (030) 55 77 93 40

Florian Kresse, Jurist, Mo-Do 10-16 Uhr  
Tel. (030) 55 77 93 53  
E-Mail [kresse@uokg.de](mailto:kresse@uokg.de)

Carola Schulze, Di-Fr 10-16 Uhr  
Tel. (030) 55 77 93 52  
E-Mail [schulze@uokg.de](mailto:schulze@uokg.de)

Katrin Behr (Thema DDR-Zwangsadoption),  
Mo-Fr 10-16 Uhr  
Tel. (030) 55 77 93 54  
E-Mail [behr@uokg.de](mailto:behr@uokg.de)

Für persönliche Beratungen wird die telefonische Anmeldung empfohlen.

Das Projekt wird gefördert vom LStU Berlin.

### Beratungsstelle des BSV-Fördervereins

Postadresse: Ruschestr. 103, Haus 1, 10365 Berlin, Tel. (030) 55 49 63 34, Fax (030) 55 49 63 32, E-Mail [bsv-beratung@gmx.de](mailto:bsv-beratung@gmx.de)  
Besucheradresse: Frankfurter Allee 187, Haus 14, 10365 Berlin

Elke Weise, Juristin, Di 9-18 Uhr,  
Mi u. Do 10-16 Uhr

Heidi Kulik, Di u. Do 8-15 Uhr,  
Mi 9-17 Uhr

Für persönliche Beratungen wird telefonische Anmeldung empfohlen.

Das Projekt wird gefördert vom LStU Berlin.

Schnurer am 26. Mai, Siegfried Jahnke,  
Günter Polster am 27. Mai, Manfred Do-  
minka, Christa Matuszewsky am 28. Mai,  
Ursula Palmer am 30. Mai, Harald Kothe,  
Hedwig Parschau am 31. Mai

Auch allen nicht genannten Lesern, die  
Geburtstag haben, gratuliert herzlich  
die Redaktion

#### Herzlichen Dank unseren Spendern

Elke Daßau, Rudolf Hannebauer, Gert  
Hoppe, Norbert Kusenack, Waldemar  
Moritz, Joachim Nitsch, Waltraud Rykow-  
ski, Joachim Schubert, Edith Schulz, Hans  
Schulze, Richard Schulze, Josef Seemann,  
Dr. Hans-Peter Walter, Dieter Witte,  
Hans-Joachim Wittkopf, Erwin Wüst

BSV Berlin-Brandenburg

#### Besonders danken wir allen, die für den STACHELDRAHT gespendet haben

Gerd Ahnert, Heinz Assig, Ulrich Büttner,  
Hans-Otto Dittner, Roland Dohms, Ro-  
land Findeisen, Robert Flotow, Karl-Heinz  
Grinot, Emil Hanisch, Hansen, Manfred  
Hoffmann, Barbara Junge, Ingeborg Kuh-  
ne, Ronald Laag, Barbara Lampe, Erich  
Münc, Horst Mundlos, Dr. Jens Nielsen,  
Dr. Bernd Palm, Erhard Radestock, Sieg-  
bert Schmolke, Lothar Schulz, Richard  
Schulze, Erika Schwarz, Manfred Smala,  
Günther Wetzlaugk, Chirstel Wolff, Gise-  
la Wollscheit, H. Wüstemann

Stacheldraht-Konto: BSV Förderverein,  
Konto-Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708  
48, Berliner Bank AG, Verwendungszweck „Stacheldraht-Spende“

#### Bund der Stalinistisch Verfolgten e.V. (BSV) LV Berlin-Brandenburg

Vorsitzender: Viktor Gorynia

E-Mail: bsvbb@yahoo.de

Sprechzeiten: Mi 9-17 Uhr

#### BSV-Förderverein für Beratungen

Geschäftsstelle

Postadresse: Ruschestr. 103, Haus 1,  
10365 Berlin

Besucheradresse: Frankfurter Allee 187,  
Haus 14, 10365 Berlin

Telefon (030) 55 49 63 34

Fax (030) 55 49 63 32

E-Mail: bsv-beratung@gmx.de

Konto: BSV-Förderverein

Berliner Bank AG, BLZ 100 708 48

Nr. 665 52 45 01

#### Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG)

Bundesvorsitzender: Rainer Wagner

Verbandskoordination: Carola Schulze,  
Florian Kresse

Sprechzeiten: Mo-Fr 16-18 Uhr

Tel. (030) 55 77 93-52/-53, Fax -40

Leiter der Geschäftsstelle: Theo Mittrup,

Tel. (030) 55 77 93-51

Postadresse: Ruschestr. 103, Haus 1,  
10365 Berlin

Besucheradresse: Frankfurter Allee 187,  
Haus 14, 10365 Berlin

Internet: www.uokg.de

E-Mail: info@uokg.de

UOKG-Spendenkonto: Nr. 7342728,  
Deutsche Bank, BLZ 100 700 24

Westkreuz-Druckerei Ahrens KG, Postfach 490280, 12282 Berlin  
PVSt. DPAG, Entgelt bezahlt. 13017

#### Impressum DER STACHELDRAHT

Herausgegeben von der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG) und dem  
BSV-Förderverein für Beratungen e.V.

**Redaktion:** Sybille Ploog, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin, Tel. (030) 55 77 92 30, Fax (030) 55 77 92 31  
E-Mail: der-stacheldraht@web.de

Konto für Abo und Spenden: BSV-Förderverein, Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708 48, Berliner Bank AG,  
BIC (SWIFT) DEUT DE DB110, IBAN DE58 100 708 480 6655245 01

**BUNDESSTIFTUNG AUFARBEITUNG** Gefördert von der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

**Verlag:** Westkreuz-Verlag GmbH Berlin/Bonn, Postfach 49 02 80, 12282 Berlin,  
Telefon (030) 7 45 20 47, Fax (030) 7 45 30 66  
Verkaufspreis 1,- Euro  
Auflagenhöhe 10 300

**Herstellung und Vertrieb:** Westkreuz-Druckerei Ahrens KG Berlin/Bonn, Töpchiner Weg 198/200, 12309 Berlin  
E-Mail: druck@westkreuz.de, Internet: www.westkreuz.de

Bezug über die Redaktion

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers, nicht jedoch in jedem Fall die der Herausgeber,  
des Fördermittelgebers oder der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos kann keine  
Haftung übernommen werden. Eine nicht sinnentstellende Bearbeitung eingereicherter Texte behält sich die Redaktion vor.  
Redaktionsschluß dieser Ausgabe: 19. April 2011

